Digitalisierungsmonitor 2023

Abschlussbericht

Daniel Schwarz und Jan Fivaz
Mitarbeit: Vera Minder (Universität Zürich)

Bern, Januar 2024

Berner Fachhochschule BFH
Departement Wirtschaft
Institut Public Sector Transformation

www.bfh.ch/ipst

source: https://doi.org/10.24451/arbor.21391 | downloaded: 10.5.2024

Inhaltsverzeichnis

Management Summary 1

1 Einleitung 2

2 Ablauf und Teilnahme 3

3 Digitalpolitische Positionen der Parteien 6
3.1 Beurteilung der Digitalisierung und ihrer Auswirkungen 6
3.2 Haltung zu digitalpolitischen Sachthemen 15

4 Fazit und Ausblick 29

Anhang 1: Fragebogen des Digitialisierungsmonitors 30
Anhang 2: Fragen der Online-Wahlhilfe «smartvote» mit Digitalbezug 35

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 2.1: Beteiligung der Kandidierenden am Digitalisierungsmonitor 3

Tabelle 2.2: Vergleich der Beteiligung nach Partei, Geschlecht, Alter und Sprache (Nationalrat) 4

Tabelle 2.3: Differenz der Zustimmung zwischen den Teilnehmenden am Digitalisierungsmonitor und allen smartvote-Teilnehmenden (Prozentpunkte) 5

Tabelle 3.1: Anteil der Kandidierenden mit positiver Beurteilung (Werte 5-7 auf 7er-Skala) bzgl. Chancen der Digitalisierung (in %) 7

Tabelle 3.2: Anteil der Kandidierenden mit zustimmender Antwort (eher Ja / Ja) bzgl. Ausbau des Mobil-funknetzes mit modernster (5G-)Technologie (in %) 16

Abbildung 3.1: Beurteilung der Aussage: «Die fortschreitende Digitalisierung bietet mehr Chancen als Risiken» (smartvote-Frage): Antwortverteilung pro Partei 6

Abbildung 3.2: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung erleichtert den Zugang zu Wissen und Bildung»: Antwortverteilung pro Partei 8

Abbildung 3.3: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung führt zu einem Zerfall der Umgangsformen»: Antwortverteilung pro Partei 8

Abbildung 3.4: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung macht die Gesellschaft gerechter»: Antwortverteilung pro Partei 9

Abbildung 3.5: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung führt zu einer verstärkten Überwachung»: Antwortverteilung pro Partei 9

Abbildung 3.6: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung fördert den Austausch zwischen den Menschen»: Antwortverteilung pro Partei 10

Abbildung 3.7: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung fördert die Spaltung der Gesellschaft»: Antwortverteilung pro Partei 10

Abbildung 3.8: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung lässt immer mehr Menschen den Anschluss verlieren»: Antwortverteilung pro Partei 11

Abbildung 3.9: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung sichert unseren zukünftigen Wohlstand»: Antwortverteilung pro Partei 12

Abbildung 3.10: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung schafft mehr neue Arbeitsplätze als vernichtet werden»: Antwortverteilung pro Partei 12

Abbildung 3.11: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung führt zu mehr Ungleichheit»: Antwortverteilung pro Partei 13

Abbildung 3.12: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie»: Antwortverteilung pro Partei 13

Abbildung 3.13: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung verringert den Schutz von Arbeitnehmenden»: Antwortverteilung pro Partei 14

Abbildung 3.14: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung erhöht die Qualität der zu leistenden Arbeit»: Antwortverteilung pro Partei 14

Abbildung 3.15: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung schürt berechtigte Ängste vor Jobverlust»: Antwortverteilung pro Partei 15

Abbildung 3.16: «Befürworten Sie staatliche Massnahmen für eine nachhaltigere Nutzung von elektronischen Geräten (z.B. Recht auf Reparatur, Verlängerung der Gewährleistungsfrist, garantierte Mindestzeit für Software-Updates)?» (smartvote-Frage): Antwortverteilung pro Partei 17

Abbildung 3.17: «Soll das Schweizer Mobilfunknetz möglichst flächendeckend mit der neusten Technologie ausgestattet werden (aktuell 5G-Standard)?» (smartvote-Frage): Antwortverteilung pro Partei 17

Abbildung 3.18: «Soll der Bund im Bereich der Digitalisierung staatlicher Dienstleistungen zusätzliche Kompetenzen erhalten, um gegenüber den Kantonen verbindliche Vorgaben und Standards durchsetzen zu können?» (smartvote-Frage): Antwortverteilung pro Partei 18

Abbildung 3.19: «Befürworten Sie eine stärkere Regulierung grosser Internetplattformen (Transparenz-Regeln bei Algorithmen, verstärkte Haftung für Inhalte, Bekämpfung von Desinformation)?» (smartvote-Frage): Antwortverteilung pro Partei 18

Abbildung 3.20: «Soll die automatische Gesichtserkennung im öffentlichen Raum verboten werden?» (smartvote-Frage): Antwortverteilung pro Partei 19

Abbildung 3.21: «Braucht es ein stärkeres Engagement (auch finanziell) des Staates, um die digitale Teil-habe von gesellschaftlich benachteiligten Gruppen (insbesondere Armutsbetroffene, Migrant/-innen oder Menschen mit Behinderung) zu verbessern?»: Antwortverteilung pro Partei 19

Abbildung 3.22: «Erachten Sie es als wichtig, dass die Lehrpläne der obligatorischen Schule darauf ausgerichtet sind, die Kinder auf die digitalisierte Welt vorzubereiten und ihnen die grundlegenden Fähigkeiten für den Umgang mit digitalen Anwendungen zu vermitteln?»: Antwortverteilung pro Partei 20

Abbildung 3.23: «Soll der Staat zusätzliche Massnahmen zur digitalen Befähigung der erwachsenen Bevölkerung finanzieren (z.B. Besuch kostenloser Weiterbildungsangebote oder Kurse zum Umgang mit neuen digitalen Anwendungen)?»: Antwortverteilung pro Partei 20

Abbildung 3.24: «Mit der Digitalisierung entstehen neue Arbeitsmodelle (z.B. vermehrtes Homeoffice oder durch Online-Plattformen vermittelte Arbeitseinsätze). Sollte deshalb das Arbeits- und Sozialversicherungs-recht flexibler ausgestaltet werden (z.B. Lockerung der Regeln betreffend Arbeitszeiterfassung, Arbeits- und Ruhezeiten)?»: Antwortverteilung pro Partei 21

Abbildung 3.25: «Sollen gewinnorientierte Internet-Plattformen verpflichtet werden, für Anreissertexte (Teaser), die zu Schweizer Online-Medien führen, eine Abgabe zu bezahlen (Einführung eines Leistungsschutzrechts)?»: Antwortverteilung pro Partei 21

Abbildung 3.26: «Sollen Anbieter von Online-Werbung verpflichtet werden, ein öffentliches Verzeichnis aller publizierten Anzeigen mit politischem Inhalt zu führen?»: Antwortverteilung pro Partei 22

Abbildung 3.27: «Im September 2023 tritt das revidierte Datenschutzgesetz in Kraft. Sollte das Daten-schutz-Niveau in der Schweiz in Zukunft weiter erhöht, wieder gesenkt oder auf dem ab September gelten-den Stand belassen werden?»: Antwortverteilung pro Partei 22

Abbildung 3.28: «Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienste sind heute befugt, während 6 Monaten auf sämtliche Verbindungs- und Standortdaten (Internet, Telefon) zuzugreifen (Vorratsdatenspeicherung). Sollen diese Befugnisse eingeschränkt, erweitert oder auf dem aktuellen Stand belassen werden?»: Antwortverteilung pro Partei 23

Abbildung 3.29: «Ein Gesetzesvorschlag sieht vor, dass Betreiber von kritischen Infrastrukturen Cyberangriffe mit grossem Schadenspotenzial binnen 24 Stunden an das Nationale Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) melden müssen. Wird die Meldung vorsätzlich unterlassen, drohen Bussen bis zu 100'000 Franken. Befürworten Sie diesen Vorschlag?»: Antwortverteilung pro Partei 23

Abbildung 3.30: «Würden Sie es befürworten, wenn sämtliche nicht-öffentlichen Behördendaten aus-schliesslich auf Servern gespeichert werden müssten, die in der Schweiz stehen und von Schweizer Firmen betrieben werden?»: Antwortverteilung pro Partei 24

Abbildung 3.31: «Finden Sie es richtig, dass Software, die der Bund selbst entwickelt oder in seinem Auftrag entwickelt wird, unter einer Open-Source-Lizenz frei verfügbar gemacht wird?»: Antwortverteilung pro Partei 24

Abbildung 3.32: «Sollen Behörden und andere öffentliche Stellen (z.B. Schulen) bei der Informatikbeschaffung Lösungen basierend auf Open-Source-Software bevorzugen (digitale Souveränität)?»: Antwortverteilung pro Partei 25

Abbildung 3.33: «Soll die Verwaltung dazu übergehen, vor Ort am Schalter oder per Post erbrachte Dienst-leistungen ausschliesslich online anzubieten (Digital--Only-Prinzip)?»: Antwortverteilung pro Partei 25

Abbildung 3.34: «Soll nach Einführung der digitalen Identitätslösung (E-ID) diese auch für das Sammeln von Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden genutzt werden können (E-Collecting)?»: Antwortverteilung pro Partei 26

Abbildung 3.35: «Soll das aktuelle E-Voting-System allen Stimmberechtigten für die digitale Stimmabgabe zur Verfügung gestellt werden?»: Antwortverteilung pro Partei 26

Abbildung 3.36: «Soll die Nutzung eines einheitlichen elektronischen Patientendossiers (EPD) für alle Patient/-innen und medizinischen Leistungserbringer obligatorisch sein (Digitalisierung der Gesundheitsdaten)?»: Antwortverteilung pro Partei 27

Abbildung 3.37: «Die Bundesverwaltung ist verpflichtet, alle Daten, die nicht personenbe zogen oder sicherheitsrelevant sind, unentgeltlich und zeitnah in maschinenlesbarer Form im Internet zu veröffentlichen (Open Government Data). Befürworten Sie eine prioritäre Umsetzung dieser Zielsetzung (Freigabe der dafür notwendigen finanziellen Mittel)?»: Antwortverteilung pro Partei 27

Abbildung 3.38: «Die Schweiz setzt sich international für eine zurückhaltende und eher wirtschaftsfreundliche Regulierung von Künstlicher Intelligenz ein (u.a. Verzicht auf Transparenzpflicht bei KI-Algorithmen). Begrüssen Sie diese Haltung?»: Antwortverteilung pro Partei 28

Abbildung 3.39: «Die Zuständigkeit für den Auf- und Ausbau von digitaler Infrastruktur (z.B. Telekommunikationsnetze, E-ID, Public-Cloud-Lösungen) kann unterschiedlich ausgestaltet werden. Welches Modell halten Sie dafür in der Regel am besten geeignet?»: Antwortverteilung pro Partei 28

Management Summary

Vor den Eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober 2023 führte das Institut Public Sector Transformation (IPST) der Berner Fachhochschule in Kooperation mit den Universitäten Zürich, Genf und Bern sowie mit der Online-Wahlhilfe «smartvote» und weiteren Projektpartnern den «Digitalisierungsmonitor 2023» durch.[1] Nach 2019 handelte es sich bereits um die zweite Durchführung des Projekts. Zentrale Anliegen des Digitalisierungsmonitors bestehen zum einen darin, den Kandidierenden eine Möglichkeit zu bieten, ihre digitalpolitischen Positionen transparent zu machen, damit die Wählenden eine informierte Wahlentscheidung auch im Digitalbereich treffen können. Zum anderen soll das Projekt zur Sensibilisierung bezüglich der Bedeutung digitalpolitischer Themen beitragen, da diesen von den Parteien und Medien vor den Wahlen nur wenig Beachtung geschenkt wird.

Während die Projektdurchführung sowohl, was die Zusammenarbeit der Projektträger-Organisationen als auch die technische Umsetzung der Umfrage und des Online-Vergleichstools betrifft, sehr erfolgreich verlief, blieb die Beteiligung der Kandidierenden unter den Möglichkeiten: 21 Prozent der Kandidierenden haben den Digitalisierungsmonitor-Fragebogen 2023 ausgefüllt, was ziemlich genau der Beteiligungsquote von 2019 entspricht. Zum Vergleich: Den weitaus längeren Fragebogen der Online-Wahlhilfe «smartvote» füllen jeweils 85 Prozent der Kandidierenden aus. Daraus lässt sich schliessen, dass den Digitalisierungsthemen nach wie vor nicht diejenige Bedeutung zugemessen wird, die sie für die aktuelle und zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft haben resp. haben werden.

Immerhin ist inhaltlich eine Veränderung in Richtung einer positiveren Beurteilung der digitalen Transformation und der dafür notwendigen Voraussetzungen feststellbar. Es scheint naheliegend, dass die während der Corona-Pandemie gemachten Erfahrungen dafür mitverantwortlich sind. Konkret lässt sich die positive Entwicklung daran festmachen, dass im Vergleich zu 2019 sowohl bei der generellen Beurteilung der Chancen der Digitalisierung als auch beim Ausbau des Mobilfunknetzes mit der neusten (5G-)Technologie eine deutlich positivere Einschätzung vorherrscht – dies insbesondere in denjenigen Parteien, die 2019 am skeptischsten waren.

Ob die mannigfachen Herausforderungen der Digitalisierung vor den nächsten Wahlen 2027 von den Parteien und Medien gebührend thematisiert werden, bleibt ungewiss. Darum ist es aus heutiger Sicht absehbar, dass auch bei den nächsten Wahlen ein Tool zur Transparenz- und Meinungsbildung in diesem Bereich notwendig sein wird.

[1] Projektpartner und -supporter in alphabetischer Reihenfolge: asut, Die Schweizerische Post, Digitale Gesellschaft, digitalswitzerland, Pour Demain, SATW, Swisscom, swissICT.

1 Einleitung

Bereits zum zweiten Mal nach 2019 wurde im Vorfeld der Nationalrats- und Ständeratswahlen 2023 eine Befragung unter sämtlichen Kandidierenden zu deren digitalpolitischen Haltung durchgeführt. Im Vergleich zu 2019 wies der Digitalisierungsmonitor 2023 in zwei Punkten wesentliche Neuerungen auf: Erstens wurde die Projektträgerschaft deutlich verbreitert. Neben dem Institut Public Sector Transformation der Berner Fachhochschule BFH und der Online-Wahlhilfe «smartvote», die beide schon 2019 federführend beteiligt waren, sowie den wissenschaftlichen Partnern von den Universitäten Zürich und Genf, kam eine ganze Reihe wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Organisationen hinzu, die das Projekt sowohl finanziell als auch mit ihrer Expertise unterstützt haben.[2] Zweitens wurde den Wählerinnen und Wählern zum ersten Mal ein Online-Tool angeboten, mit dem man sich – analog zu «smartvote» – mit den Kandidierenden politisch direkt vergleichen konnte.[3]

Die erneute Durchführung des Digitalisierungsmonitors ermöglicht einzelne Vergleiche über die Zeit hinweg, obschon sich der Fragebogen von 2023 nur schon wegen der rasanten digitalen Entwicklung in den vorangegangenen vier Jahren deutlich von der 2019er-Version unterscheidet. Direkt nach den Wahlen 2019 begann die Corona-Pandemie, die einerseits die Unzulänglichkeiten im Digitalbereich schonungslos offengelegt, andererseits auf allen Ebenen einen digitalen Schub ausgelöst hat. Die Pandemie liess die positiven Aspekte der Digitalisierung wieder verstärkt in den Vordergrund treten, nachdem in den Jahren davor die öffentliche Wahrnehmung eher von Manipulationen und Missbrauchsvorfällen im Bereich der Sozialen Medien geprägt war.

In den letzten beiden Jahren vor den Wahlen 2023 geriet zudem das Meta-Thema der Digitalisierung, die Künstliche Intelligenz und der Umgang mit diversen KI-Anwendungen, zunehmend in den Fokus der öffentlichen Diskussion. Trotz der schnellen technischen Entwicklung, die ständig neue Fragen aufwirft, die politisch und rechtlich zu beantworten wären, muss konstatiert werden, dass die Digitalisierung im Schweizer Wahlkampf praktisch keine Rolle gespielt hat, weder als übergeordnetes Thema noch als Lösungsansatz in einzelnen Politikfeldern. Diesbezüglich wiederholt sich die Geschichte von 2019.[4]

Umso wichtiger erscheint aus dieser Perspektive die Durchführung des Digitalisierungsmonitor-Projekts. Auch wenn es die dringend notwendige programmatische Beschäftigung der Parteien mit dem Digitalisierungsthema keinesfalls ersetzen kann, so bot es den am Thema interessierten Kandidierenden und Wählenden die Möglichkeit, ihre Positionen transparent zu machen resp. auch in digitalpolitischer Hinsicht eine informierte Wahlentscheidung zu treffen.

Im vorliegenden Schlussbericht zum Digitalisierungsmonitor 2023 werden die Eckdaten der Projektdurchführung und die wichtigsten Erkenntnisse aus den erhobenen Daten in stark zusammengefasster Form dargelegt. Im Bericht wird mit Absicht auf eine tiefergreifende Datenanalyse verzichtet. Im Vordergrund stehen stattdessen die Beschreibung des Projektablaufs und die Darstellung der digitalpolitischen Positionierungen der Parteien.

---

[2] In alphabetischer Reihenfolge: asut, Die Schweizerische Post, Digitale Gesellschaft, digitalswitzerland, Pour Demain, SATW, Swisscom, swissICT sowie als weiterer wissenschaftlicher Partner die Universität Bern.

[3] Abrufbar unter https://digitalmonitor23.ch resp. https://digitalmonitor23.smartvote.ch. [04.01.2024]

[4] Thouvenin, Florent, Abraham Bernstein, Jean-Henry Morin und Alessia Neuroni (2019*): Digitalisierung ist kein Wahlthema, hier wären aber Kompetenzen gefragt*. In: NZZ vom 9. Oktober 2019. https://www.nzz.ch/meinung/digitalisierung-ist-kein-wahlthema-ld.1513426. [04.01.2023]
Fivaz, Jan, Alessia Neuroni, Daniel Schwarz und Carmen Ferri (2020): *Digitalisierungsmonitor 2019. Analysebericht mit Fokus auf digitale Demokratie und Digitalisierungspolitik in der Schweiz*. Bern: BFH. https://www.bfh.ch/dam/jcr:302fad7f-4fc1-4236-ba51-b6a86c9aac4d/Digitalisierungsmonitor2019.pdf. [04.01.2024]

2 Ablauf und Teilnahme

Die breite Abstützung des Digitalisierungsmonitor 2023 zeigte sich am deutlichsten im Rahmen der Erarbeitung des Fragebogens. Diese durchlief, grob betrachtet, die folgenden drei Phasen:

1. Breit angelegte Sammlung von Themenvorschlägen: Im Januar/Februar 2023 wurde via Social-Media-Kanäle dazu aufgerufen, über die BePart-Plattform von «smartvote» Fragenvorschläge einzureichen.[5] Auf diesem Weg wurden 63 unterschiedliche Themen eingegeben (d.h. ohne Mehrfachnennungen desselben Themas).
2. Die eingereichten Vorschläge wurden im Februar/März 2023 gesichtet, nötigenfalls umformuliert und von den wissenschaftlichen Partnern (BFH, Universitäten Zürich, Genf und Bern) mit eigenen Themenschwerpunkten ergänzt. In dieser Phase wurden auch der Digitalisierungsmonitor-Fragebogen von 2019 sowie andere Umfragen im Bereich der Digitalisierung konsultiert.
3. Der daraus entstandene Fragebogenentwurf wurde bis Ende Mai 2023 in mehreren Feedbackrunden sowohl von den Projektpartnern als auch den wissenschaftlichen Partnern begutachtet und bewertet. Daraus resultierte der definitive Fragebogen (vgl. Anhang).

Die Fragebogenentwicklung fand in enger Abstimmung mit dem smartvote-Team statt, um doppelt gestellte Fragen zu verhindern. Anfang Juni konnte schliesslich die definitive Version für die Übersetzung freigegeben werden. Der Digitalisierungsmonitor sollte für deutsch-, französisch- und italienischsprachige Personen gleichermassen zugänglich sein.

Die Kandidierenden erhielten zeitgleich mit dem smartvote-Fragebogen ab Ende Juni auch die Möglichkeit, die Fragen des Digitalisierungsmonitors zu beantworten.[6] Dazu wurden sie bis zum Wahltag am 22. Oktober über die regelmässigen Kandidierenden-Infomails von smartvote wiederholt aufgerufen. Am 30. August ging zudem das Web-Vergleichstool für die breite Öffentlichkeit online.

Die prozentuale Beteiligung der Kandidierenden im Jahr 2023 bewegte sich im Rahmen der ersten Durchführung von 2019. Zwar ging der Anteil der Teilnehmenden leicht zurück, allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass sich die Zahl der Kandidierenden in der Zwischenzeit um fast 1'200 erhöht hat.

Tabelle 2.1: Beteiligung der Kandidierenden am Digitalisierungsmonitor

	Wahlen 2023	Wahlen 2019
Nationalrat	**21,0%** 1'244 von 5'925 Kand.	**22,1%** 1'046 von 4'736 Kand.
Ständerat	**25,0%** 46 von 184 Kand.	–

Hinweis: 2019 wurde die Digitalisierungsmonitor-Befragung nur für den Nationalrat angeboten.

Auch bei der Teilnahmequote nach Partei, Geschlecht, Alter und Sprache zeigen sich relativ geringe Unterschiede im Vergleich zu 2019. Erneut sind es die Mitglieder liberaler resp. progressiver Parteien (allen voran die GLP), männliche Kandidierende sowie solche im mittleren Alter, die am häufigsten den Fragebogen ausgefüllt haben. Bezüglich der Sprachregion sind es vor allem italienischsprachige Kandidierende, die eine deutlich geringere Teilnahme verzeichnen als diejenigen aus der französisch- oder deutschsprachigen Schweiz.

[5] https://bepart.smartvote.ch/dm23 [04.01.2024]

[6] Technisch war der Digitalisierungsmonitor als freiwilliger Zusatzfragebogen eingerichtet, den die Kandidierenden in ihrem smartvote-Benutzerkonto anwählen konnten. Die Befragung wurde mittels Qualtrics-Software der Universität Bern durchgeführt. Damit ein/-e Kandidierende/-r im öffentlichen Vergleichstool erschien, mussten sowohl der smartvote-Fragebogen als auch die Fragen des Digitalisierungsmonitors vollständig ausgefüllt und bestätigt sein. Das Vergleichstool bezog via APIs die Daten der Online-Wahlhilfe «smartvote» (Stammdaten der Kandidierenden und Antworten auf diejenigen smartvote-Fragen, die einen Digitalbezug aufwiesen) sowie die Daten der Qualtrics-Umfrage des Digitalisierungsmonitors und führte alles in einer separaten Datenbank zusammen.

Tabelle 2.2: Vergleich der Beteiligung nach Partei, Geschlecht, Alter und Sprache (Nationalrat)

	NR-Kandidierende 2023 insgesamt	Teilnahmequote Digitalisierungsmonitor 2023 (in %)	Teilnahmequote Digitalisierungsmonitor 2019 (in %)
Total	5'925	21.0	22.1
Partei			
Die Mitte	1'109	17.6	22.3
EVP	367	16.9	19,0
FDP	655	22.3	21.1
GLP	839	**32.2**	33.1
Grüne	644	23.8	28.6
SP	705	22.6	22.1
SVP	634	16.6	16.2
Übrige	972	16.3	18.8
Geschlecht			
Weiblich	2'369	15.7	17.8
Männlich	3'477	**24.9**	24.9
Alter			
18-34 Jahre	2'149	19.9	22.1
35-64 Jahre	3'170	**23.3**	23.4
65+ Jahre	606	14.9	14.1
Sprache			
Deutsch	4'657	21.5	22.2
Französisch	1'008	**22.0**	23.2
Italienisch	258	9.3	11.5

Da die Beantwortung des Digitalisierungsmonitor-Fragebogens freiwillig war, ist von einer starken Selbstselektion der Teilnehmenden auszugehen. Es werden vor allem Kandidierende die Fragen beantwortet haben, die sich bereits stark für das Digitalisierungsthema interessieren. Eine gute Grundlage für die Einschätzung des Ausmasses der Verzerrung ergibt sich aus der Analyse der sechs Fragen, die vom smartvote-Fragebogen übernommen wurden. Bei diesen Fragen lässt sich eruieren, wie gross die Unterschiede sind zwischen allen Antwortenden (85 Prozent Beteiligung bei «smartvote») und derjenigen, die zusätzlich den Digitalisierungsmonitor-Fragebogen ausgefüllt haben. In der Tabelle 2.3 ist die Prozentpunkt-Differenz für die zustimmenden Antworten pro Frage und Partei dargestellt. Grössere Abweichungen (mehr als vier Prozentpunkte Differenz) sind fett markiert.

Insgesamt zeigt sich das erwartete Bild: Die am Digitalisierungsmonitor Teilnehmenden beurteilen die Chancen der Digitalisierung in der Regel positiver als das gesamte Kandidierendenfeld. Zudem ist in dieser Gruppe auch die Zustimmung zu Massnahmen zugunsten der Nachhaltigkeit digitaler Geräte, zugunsten eines Ausbaus des Mobilfunknetzes mit der neusten verfügbaren Technologie, zugunsten stärkerer Kompetenzen des Bundes im Digitalbereich sowie zugunsten eines Verbots der automatischen Gesichtserkennung im öffentlichen Raum höher als bei den Kandidierenden insgesamt. Umgekehrt verhält es sich bei der Frage der Regulierung von Internet-Plattformen, wo die Zustimmung unter den Teilnehmenden des Digitalisierungsmonitors etwas geringer ausfällt.

Wichtig für die Frage der Verzerrung aufgrund der geringeren Beteiligung am Digitalisierungsmonitor ist vor allem das Ausmass. Es zeigt sich, dass die Prozentsatzdifferenz nur in wenigen Fällen ein nennenswertes Ausmass annimmt. Die grössten Unterschiede sind bei der Frage nach der Beurteilung der Chancen der Digitalisierung zu beobachten, wo der zustimmende Anteil bei vier der sieben Parteien um mehr als vier Prozentpunkte abweicht. Diejenigen, die am Digitalisierungsmonitor teilgenommen haben, zeigen somit eine positivere Grundeinstellung gegenüber der digitalen Entwicklung, doch hat dieser Umstand mit Blick auf die anderen fünf Sachfragen kaum eine Auswirkung.

Tabelle 2.3: Differenz der Zustimmung zwischen den Teilnehmenden am Digitalisierungsmonitor und allen smartvote-Teilnehmenden (Prozentpunkte)

	Nachhaltigkeit von elektron. Geräten	Ausbau 5G-Mobil-funknetz	Mehr Bundes-kompetenzen Digitalbereich	Regulierung Internet-Plattformen	Verbot Gesichts-erkennung	Beurteilung-Chancen der Digitalisierung
Die Mitte	+1.2	+3.1	**+5.4**	-1.2	-0.5	**+5.4**
EVP	+2.1	**+8.0**	+1.9	-2.2	+1.4	**+15.5**
FDP	+0.4	-0.5	+0.4	-3.5	+0.1	+2.8
GLP	+1.6	+3.5	+0.7	-2.6	+3.1	+3.4
Grüne	+0.0	+3.9	-2.6	-2.1	+2.2	**+4.9**
SP	+0.6	+1.4	-0.6	+0.1	-2.3	-0.4
SVP	-1.4	+3.7	+2.8	-0.8	-2.7	**+7.2**

Hinweis: Positive Werte = höherer Zustimmungsanteil beim Digitalisierungsmonitor, negative Werte = tieferer Zustimmungsanteil beim Digitalisierungsmonitor im Vergleich zu allen smartvote-Teilnehmenden der jeweiligen Partei.
Als Zustimmung wurden Ja- und Eher-ja-Antworten resp. bei der Beurteilungsfrage die Werte 5 bis 7 auf der 7er-Skala gewertet.

3 Digitalpolitische Positionen der Parteien

Der Fragebogen enthält im Wesentlichen drei Gruppen von Fragen: Die erste bezieht sich auf die persönliche Beurteilung der Digitalisierung und ihrer Auswirkungen, bei der zweiten geht es um die Haltung zu konkreten digitalpolitischen Sachfragen und bei der dritten stehen die digitalen Kenntnisse und Bedürfnisse der Kandidierenden im Vordergrund. Im Zentrum dieses Berichts stehen die nur ersten beiden Fragetypen, da diese im Hinblick auf zukünftige politische Entscheidungen für eine breite Öffentlichkeit interessant sind. Im Folgenden werden die Ergebnisse zusammenfassend dargestellt und rudimentär eingeordnet.

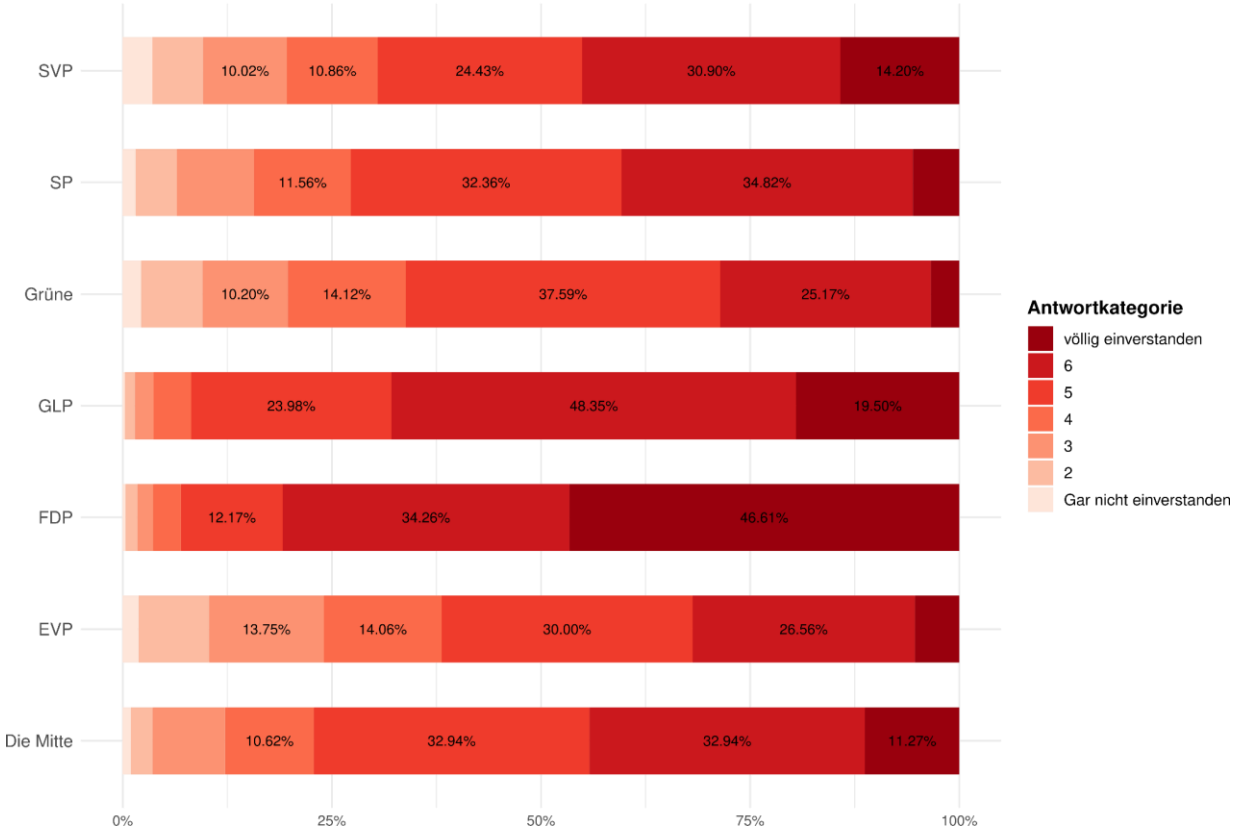
3.1 Beurteilung der Digitalisierung und ihrer Auswirkungen

Der Fragebogen enthält eine Reihe von Fragen, die Aufschluss über die Einschätzung der Kandidierenden betreffend die Digitalisierung sowohl ganz allgemein als auch mit Bezug auf konkrete gesellschaftliche und wirtschaftliche Bereiche geben können. Einzelne Fragen wurden zudem bereits 2019 gestellt, sodass auch Aussagen zu den Veränderungen über die Zeit möglich sind.

Chancen und Risiken der Digitalisierung

Die erste Frage bezieht sich auf die Beurteilung der Aussage: «Die fortschreitende Digitalisierung bietet mehr Chancen als Risiken». Die Frage ist Teil des smartvote-Fragebogens und wie bei allen smartvote-Fragen beziehen sich die Auswertungen auf sämtliche Kandidierenden, die an «smartvote» teilgenommen haben. Die Auswertung in Abbildung 3.1 zeigt, dass die Aussage von den beiden liberalen Parteien FDP und GLP deutlich positiv beurteilt wird. Am skeptischsten zeigen sich die Kandidierenden von EVP und den Grünen.

Abbildung 3.1: Beurteilung der Aussage: «Die fortschreitende Digitalisierung bietet mehr Chancen als Risiken» (smartvote-Frage): Antwortverteilung pro Partei



Interessant ist vor allem die Entwicklung seit 2019 (vgl. Tabelle 3.1). Während diejenigen Parteien, die bereits 2019 über recht hohe Zustimmungswerte verfügten, in der Beurteilung relativ stabil blieben,

sind bei den beiden linken Parteien SP und den Grünen grosse Veränderungen festzustellen: Nahmen damals nur gerade 42 (Grüne) resp. 51 Prozent der Kandidierenden eine (eher) positive Haltung zur Digitalisierung ein, steigerte sich die Zustimmung bis 2023 in beiden Parteien um über 20 Prozentpunkte.

Tabelle 3.1: Anteil der Kandidierenden mit positiver Beurteilung (Werte 5-7 auf 7er-Skala) bzgl. Chancen der Digitalisierung (in %)

	Wahlen 2023 (in %)	Wahlen 2019 (in %)	Veränderung (Prozentpunkte)
Die Mitte	77	72	+5
EVP	62	59	+3
FDP	93	93	0
GLP	92	92	0
Grüne	66	42	**+24**
SP	73	51	**+22**
SVP	70	71	-1

Auswirkungen auf die Gesellschaft

Die Kandidierenden wurden darüber hinaus zu ihrer Einschätzung der Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft und das Wirtschaftsleben befragt. Zu beiden Themenfeldern wurden den Befragten sieben Aussagen vorgelegt, bei denen sie den Grad ihrer Zustimmung auf einer 4er-Skala angeben konnten.

Im Bereich der Auswirkungen auf die Gesellschaft wurden den Befragten die folgenden sieben Aussagen zur Beurteilung vorgelegt: Die Digitalisierung ...

1. ... erleichtert den Zugang zu Wissen und Bildung.
2. ... führt zu einem Zerfall der Umgangsformen.
3. ... macht die Gesellschaft gerechter.
4. ... führt zu einer verstärkten Überwachung.
5. ... fördert den Austausch zwischen den Menschen.
6. ... fördert die Spaltung der Gesellschaft.
7. ... lässt immer mehr Menschen den Anschluss verlieren.

Generell spiegelt sich die zuvor gewonnene Erkenntnis wider, dass die liberalen Parteien die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft optimistischer beurteilen als linke oder konservative Kandidierende. Betrachtet man die konkreten Ergebnisse in den Abbildungen 3.2 bis 3.8, lassen sich zwei Muster erkennen: Das erste bezieht sich auf Aussagen, bei denen in allen Parteien eine zustimmende Mehrheit vorliegt, also ein relativer Konsens vorliegt. Dies ist bei der ersten (Digitalisierung erleichtert Zugang zu Wissen und Bildung), der vierten (verstärkte Überwachung) und der fünften Aussage der Fall (Förderung des Austauschs zwischen den Menschen).

Beim zweiten Muster herrschen erhebliche politische Kontroversen vor, bei denen die Mehrheit mindestens einer Partei eine andere Meinung vertritt. Am deutlichsten tritt dies bei der zweiten Aussage (Zerfall von Umgangsformen) hervor, aber auch bei der sechsten Aussage (Spaltung der Gesellschaft) sind die Unterschiede zwischen den Parteien erheblich. Auffällig ist auch, dass es sich dabei nicht um einheitliche parteipolitische Muster handelt: Während der Zerfall von Umgangsformen vor allem von konservativer Seite moniert wird, findet die Aussage hinsichtlich der Spaltung der Gesellschaft bei allen ausser den liberalen Parteien mehrheitlich Zustimmung.

Abbildung 3.2: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung erleichtert den Zugang zu Wissen und Bildung»: Antwortverteilung pro Partei

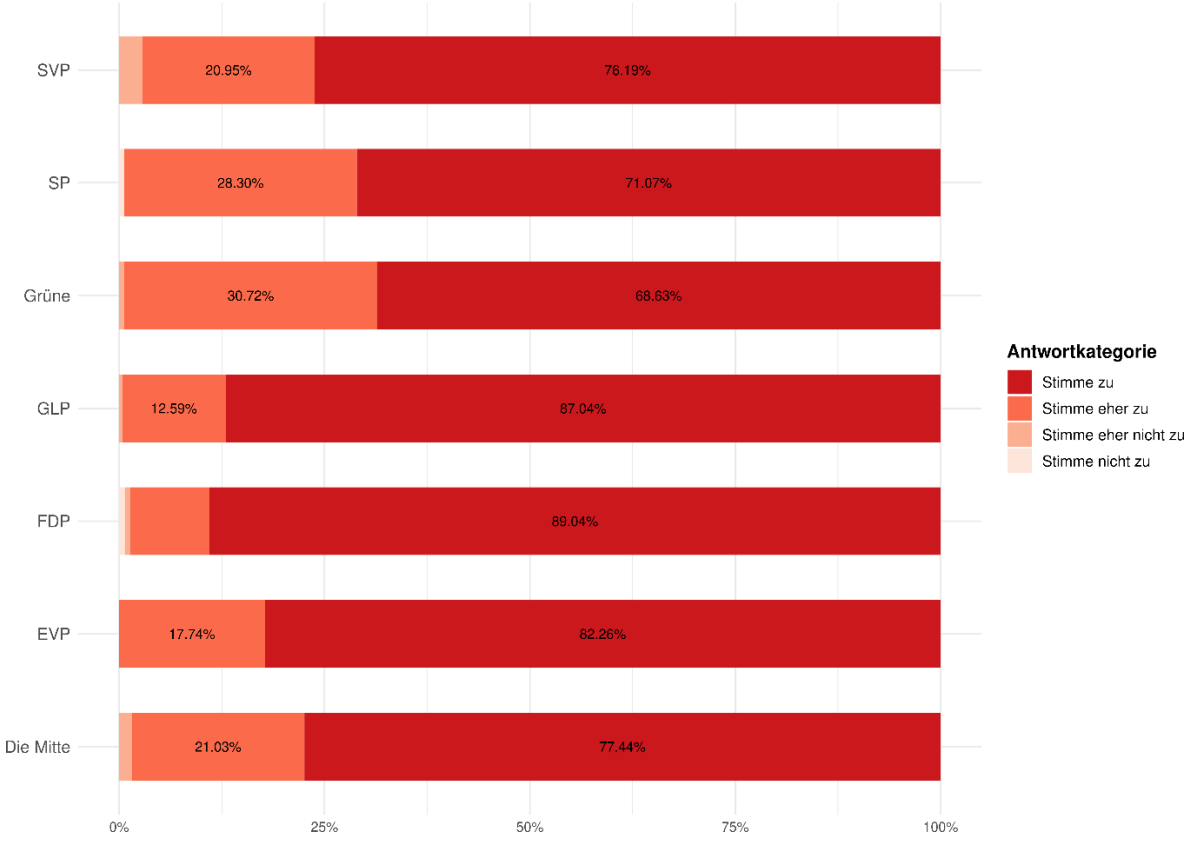


Abbildung 3.3: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung führt zu einem Zerfall der Umgangsformen»: Antwortverteilung pro Partei

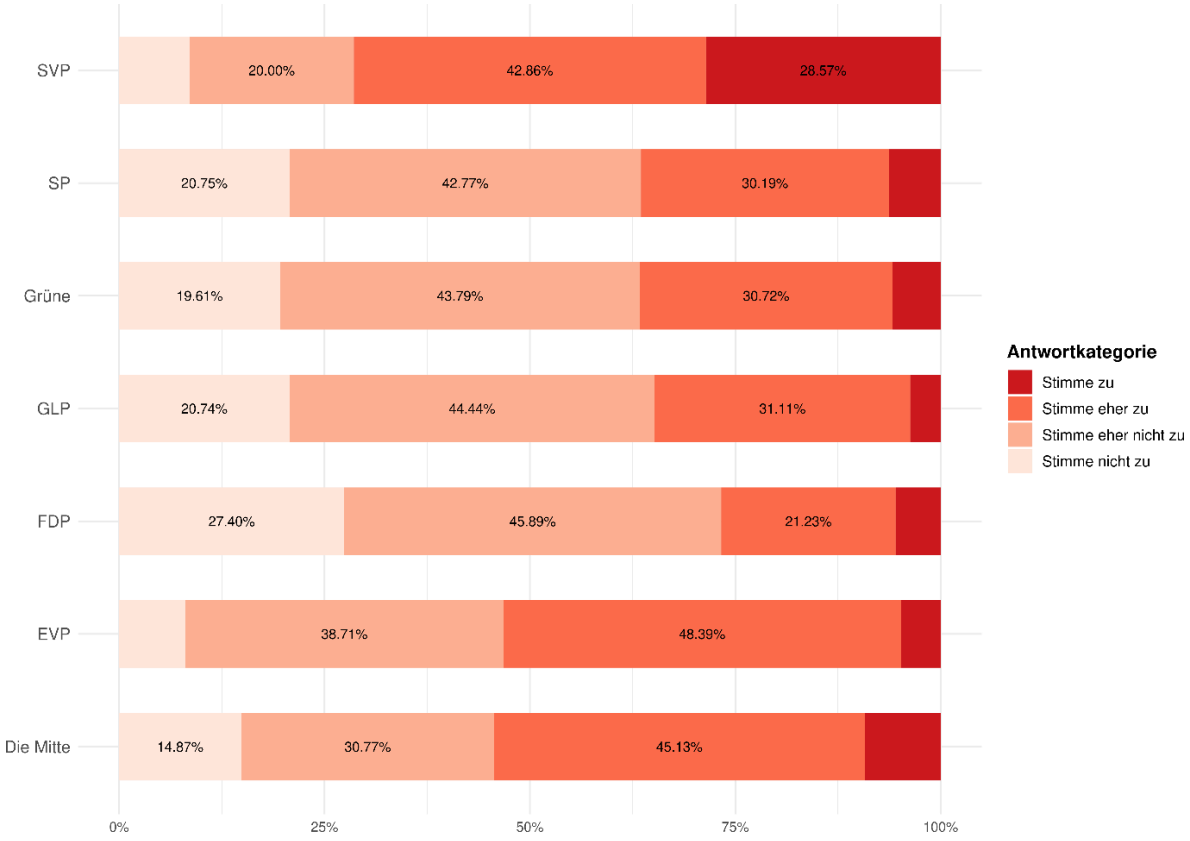


Abbildung 3.4: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung macht die Gesellschaft gerechter»: Antwortverteilung pro Partei

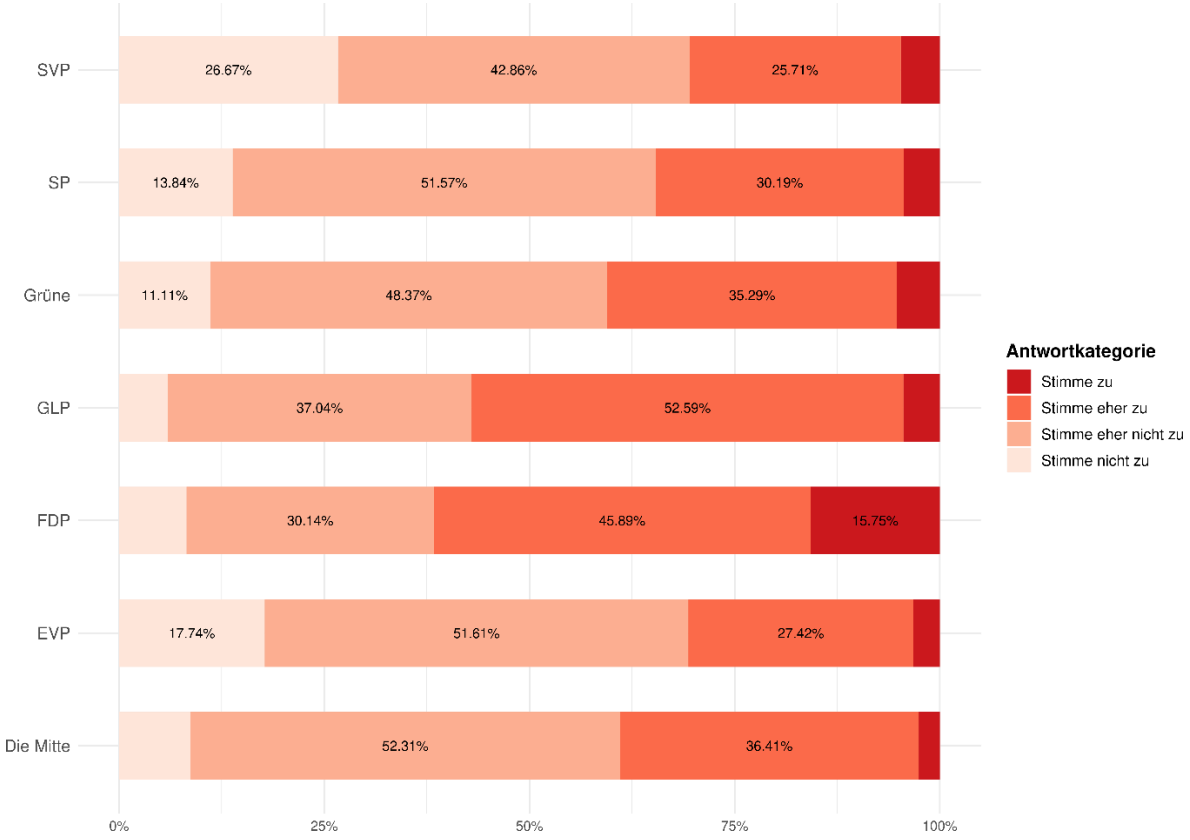


Abbildung 3.5: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung führt zu einer verstärkten Überwachung»: Antwortverteilung pro Partei

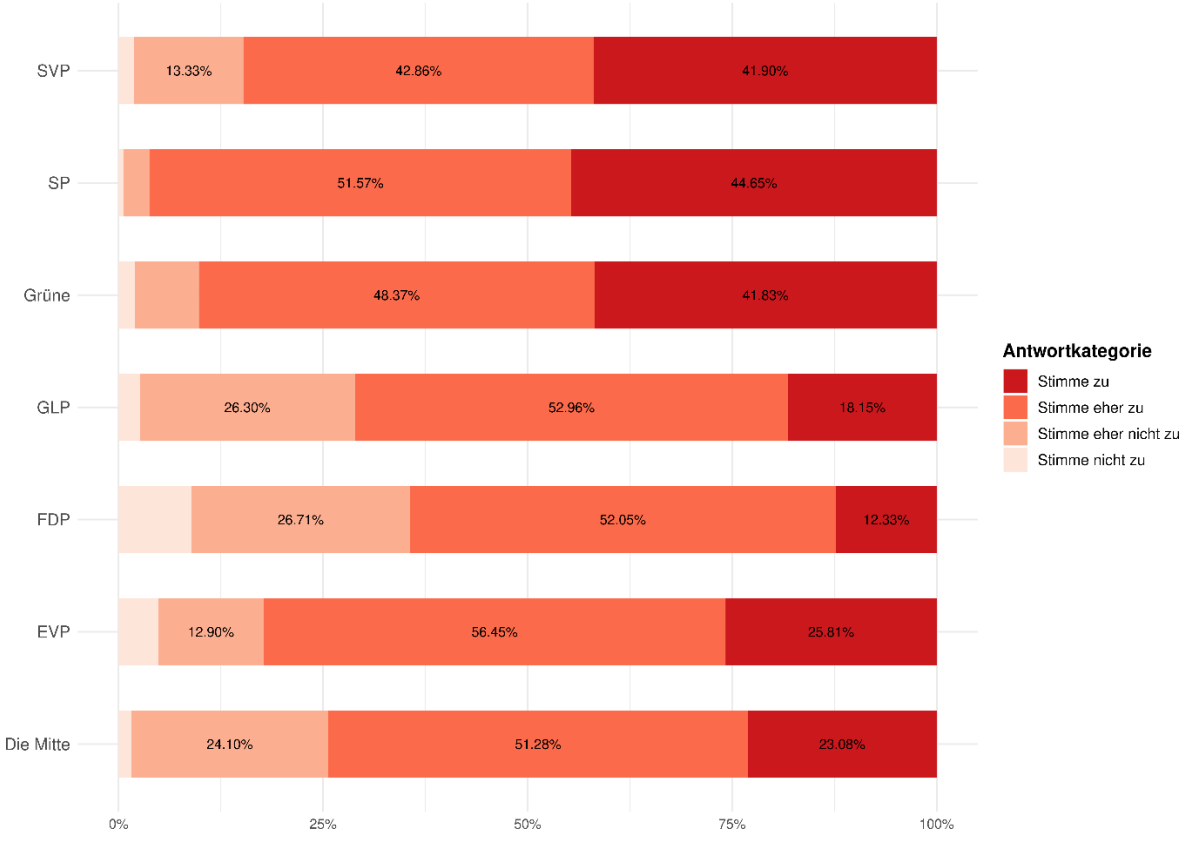


Abbildung 3.6: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung fördert den Austausch zwischen den Menschen»: Antwortverteilung pro Partei

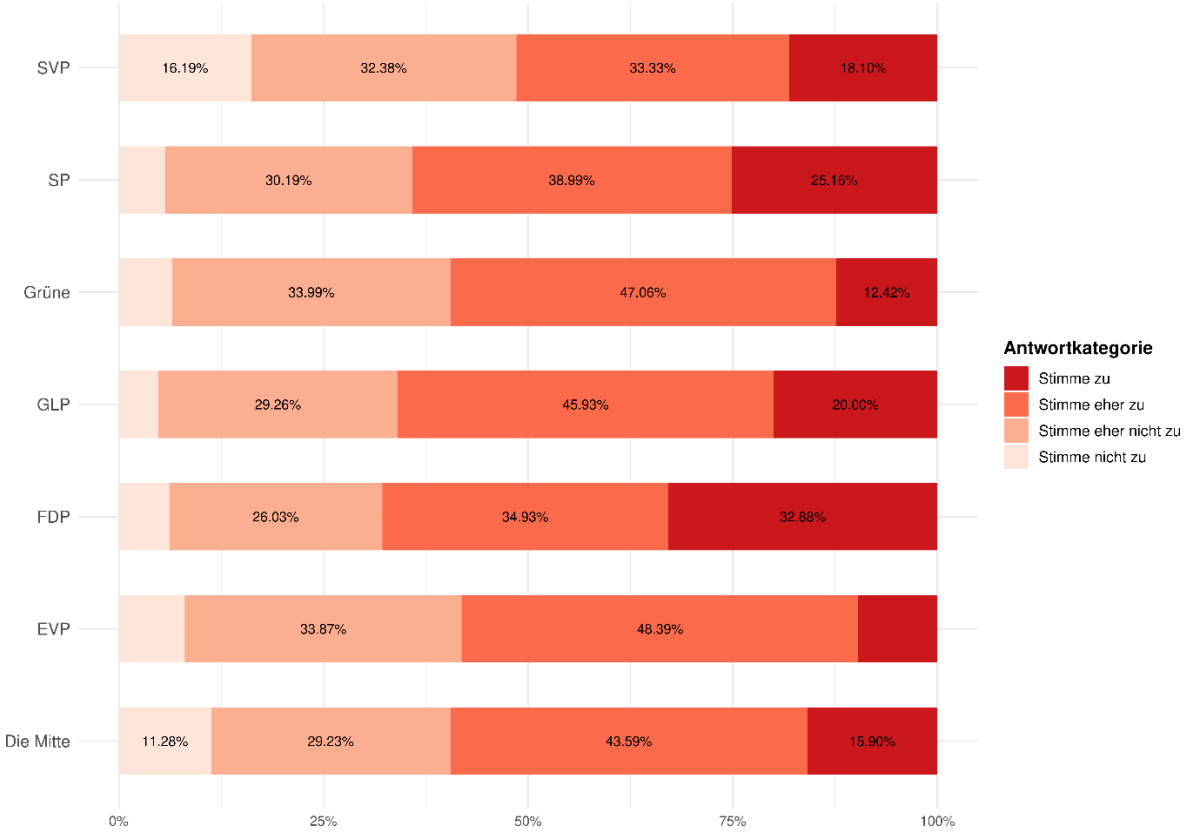


Abbildung 3.7: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung fördert die Spaltung der Gesellschaft»: Antwortverteilung pro Partei

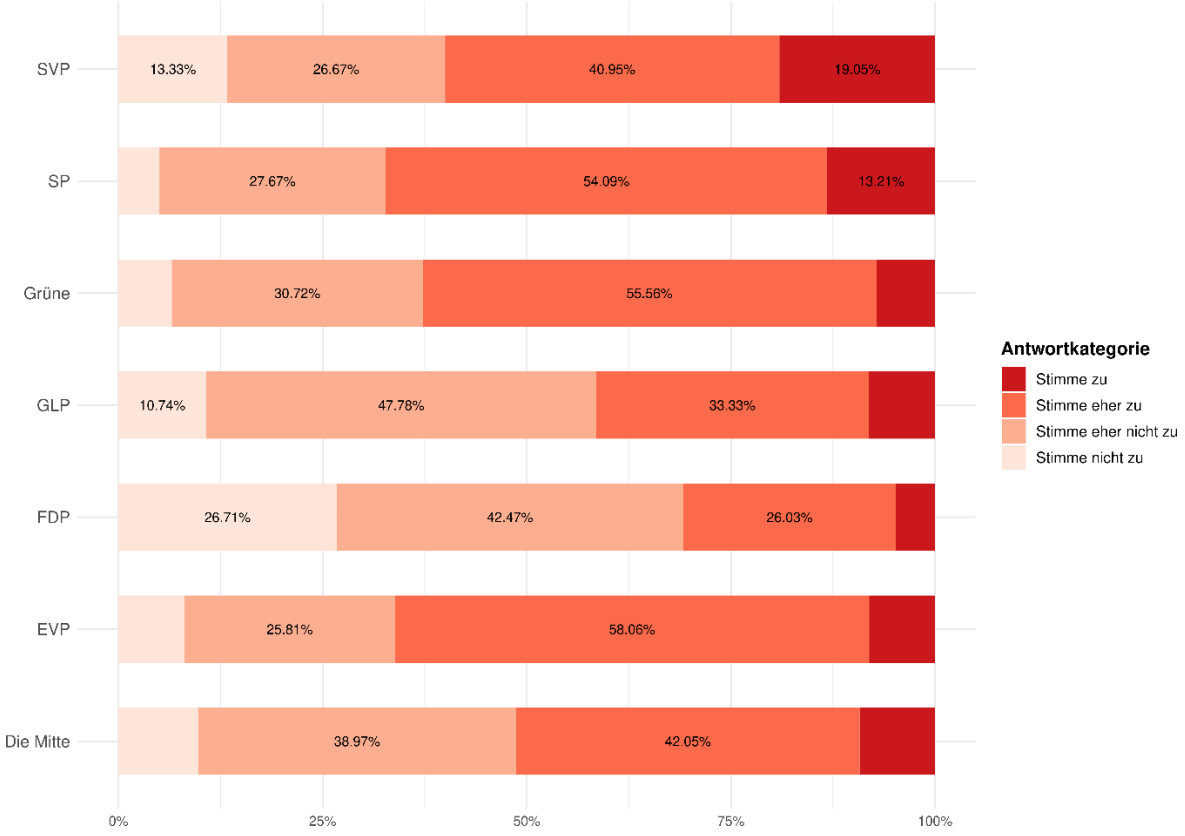
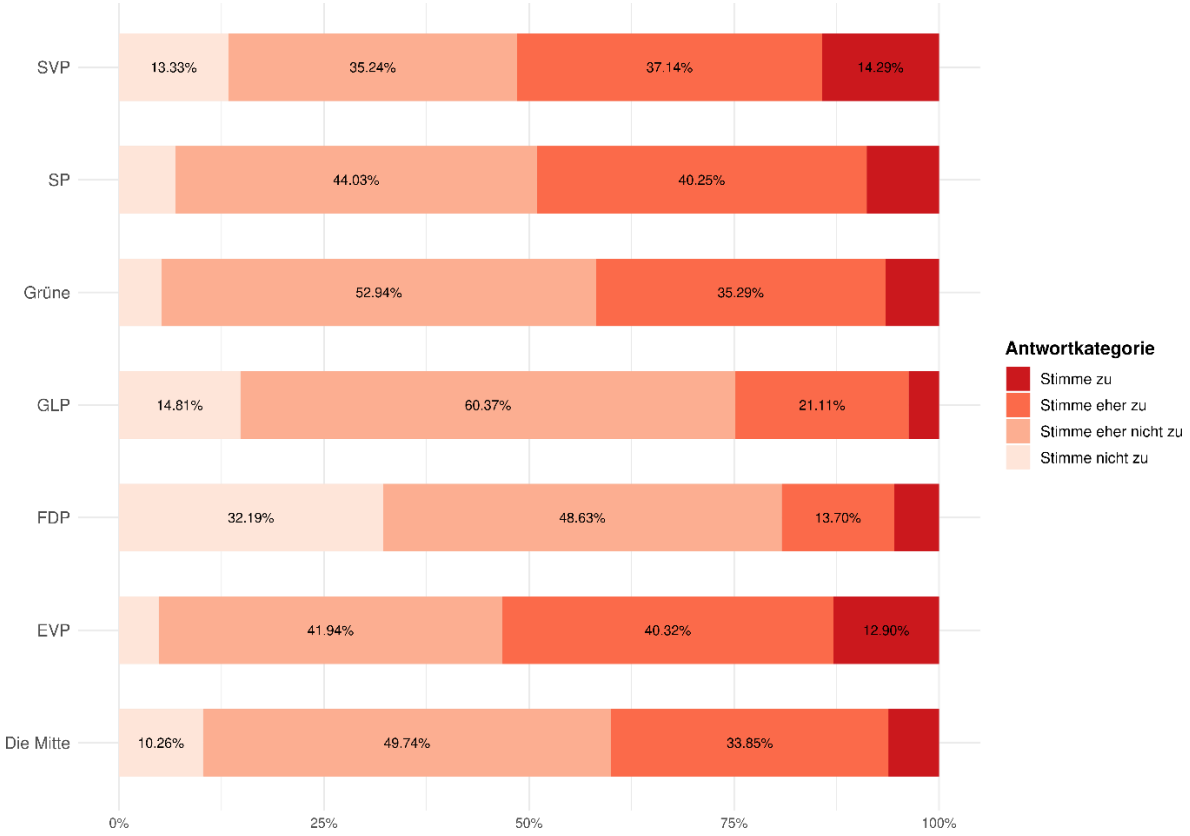


Abbildung 3.8: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung lässt immer mehr Menschen den Anschluss verlieren»: Antwortverteilung pro Partei



Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben

Zwecks Einschätzung hinsichtlich der Auswirkungen der Digitalisierung im Wirtschaftsleben wurden den Kandidierenden die folgenden sieben Aussagen vorgelegt: Die Digitalisierung …

1. … sichert unseren zukünftigen Wohlstand.
2. … schafft mehr neue Arbeitsplätze als vernichtet werden.
3. … führt zu mehr Ungleichheit.
4. … fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
5. … verringert den Arbeitnehmerschutz.
6. … erhöht die Qualität der zu leistenden Arbeit.
7. … weckt berechtigte Ängste vor Jobverlust.

Auch bei diesen Aussagen lassen sich zwei zentrale Muster erkennen. Beim ersten handelt es sich wiederum um das Konsensmuster, bei dem innerhalb und zwischen den Parteien eine hohe Übereinstimmung vorherrscht. Dies trifft auf die erste (Digitalisierung sichert Wohlstand), die zweite (schafft Arbeitsplätze), die vierte (fördert Vereinbarkeit von Beruf und Familie) und die sechste Aussage zu (erhöht die Qualität der Arbeit).

Das zweite Muster beinhaltet Aussagen, die kontrovers beurteilt werden, wobei im Gegensatz den Aussagen zur Auswirkung auf die Gesellschaft hier der Links-rechts-Gegensatz stärker hervortritt: so bei der dritten (Digitalisierung führt zu mehr Ungleichheit) und der fünften Aussage (verringert den Arbeitnehmerschutz). Die Einschätzung der Aussage, dass die Digitalisierung berechtigte Ängste vor Jobverlust schüre, wird ebenfalls kontrovers beurteilt, doch findet sich nicht nur bei den linken Parteien, sondern auch in der SVP eine (vollständig oder eher) zustimmende Mehrheit.

Abbildung 3.9: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung sichert unseren zukünftigen Wohlstand»: Antwortverteilung pro Partei

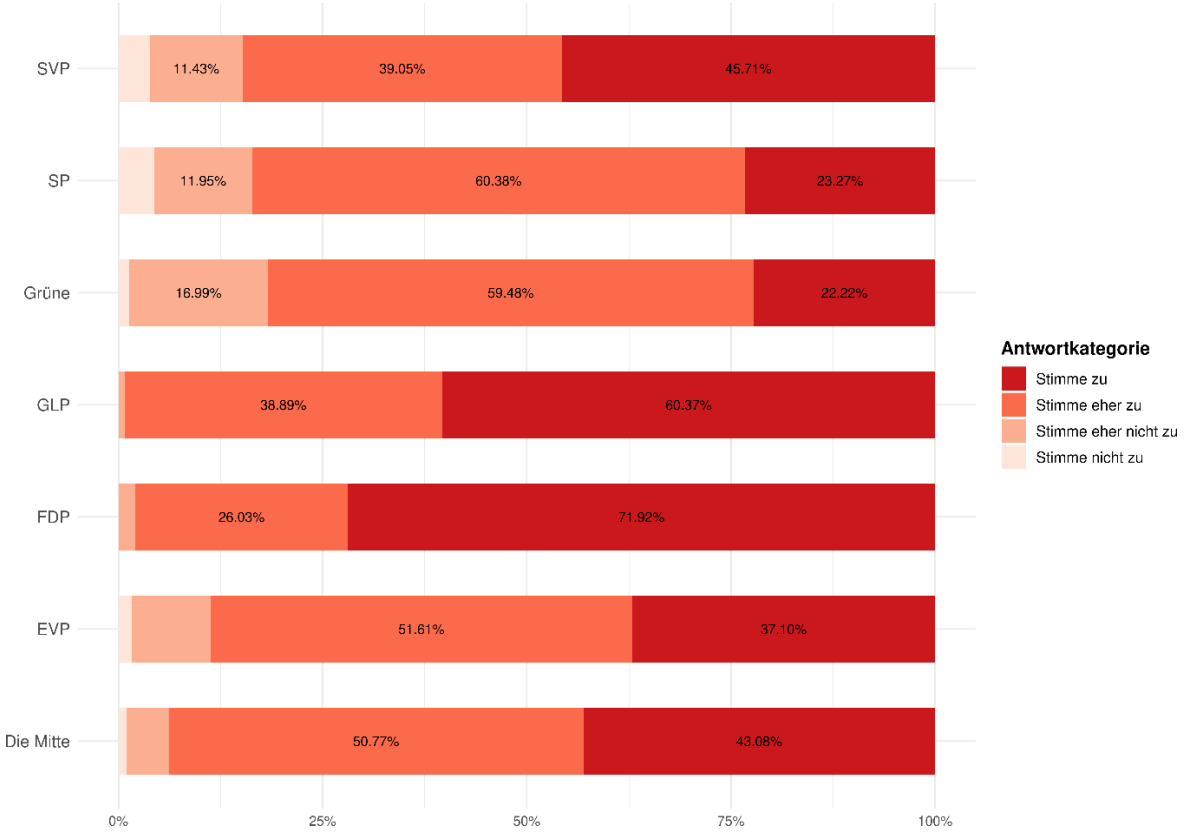


Abbildung 3.10: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung schafft mehr neue Arbeitsplätze als vernichtet werden»: Antwortverteilung pro Partei

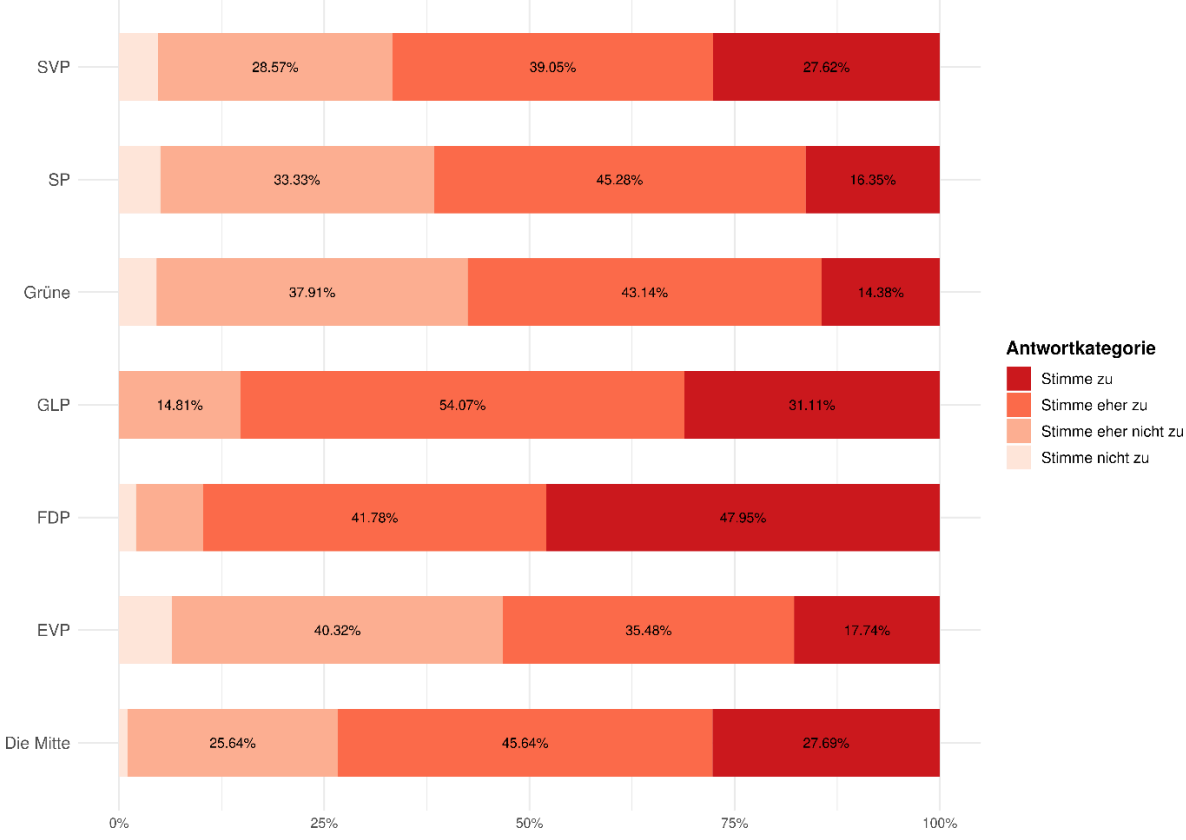


Abbildung 3.11: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung führt zu mehr Ungleichheit»: Antwortverteilung pro Partei

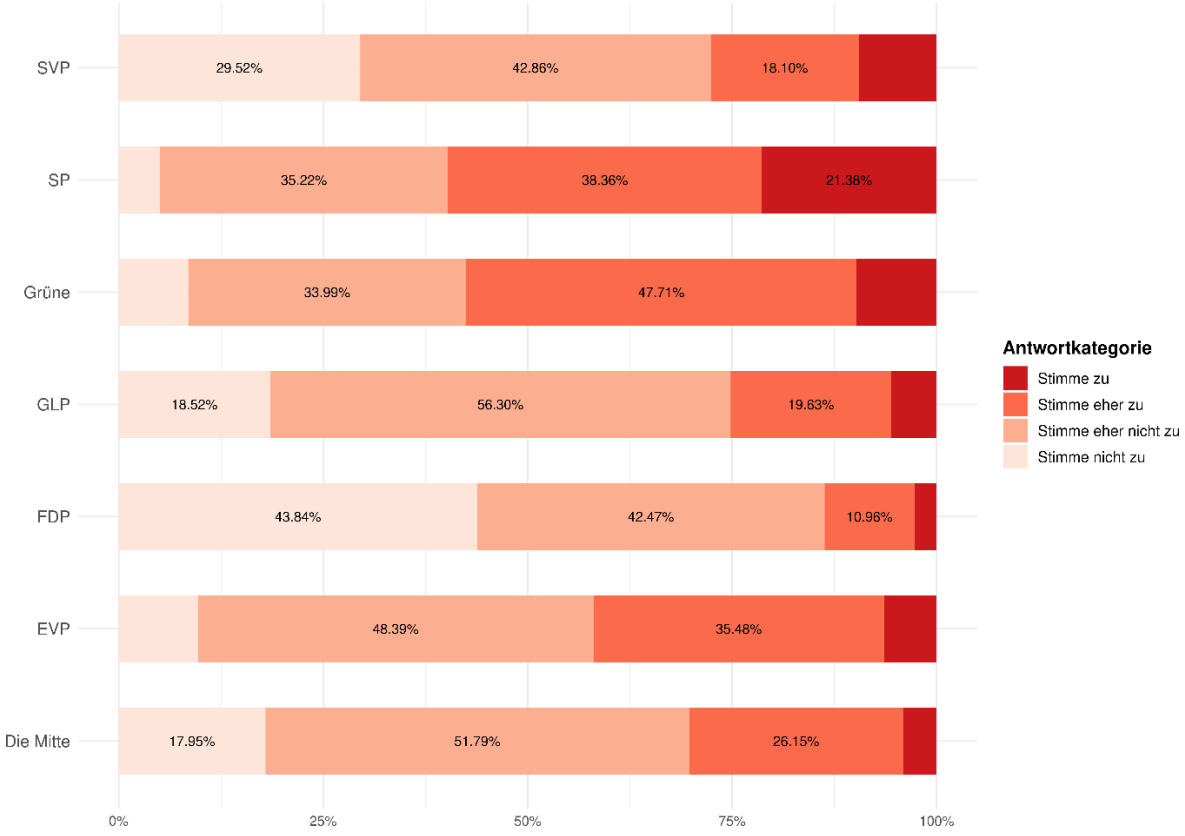


Abbildung 3.12: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie»: Antwortverteilung pro Partei

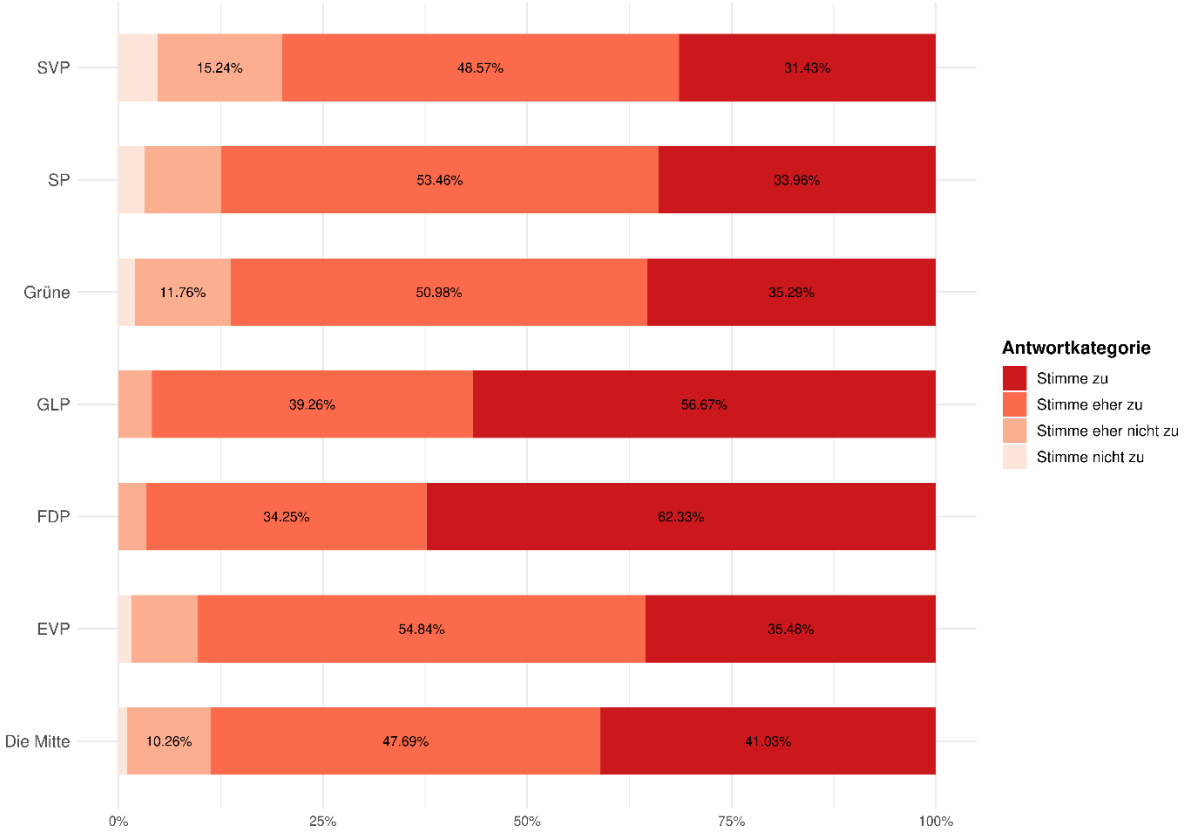


Abbildung 3.13: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung verringert den Schutz von Arbeitnehmenden»: Antwortverteilung pro Partei

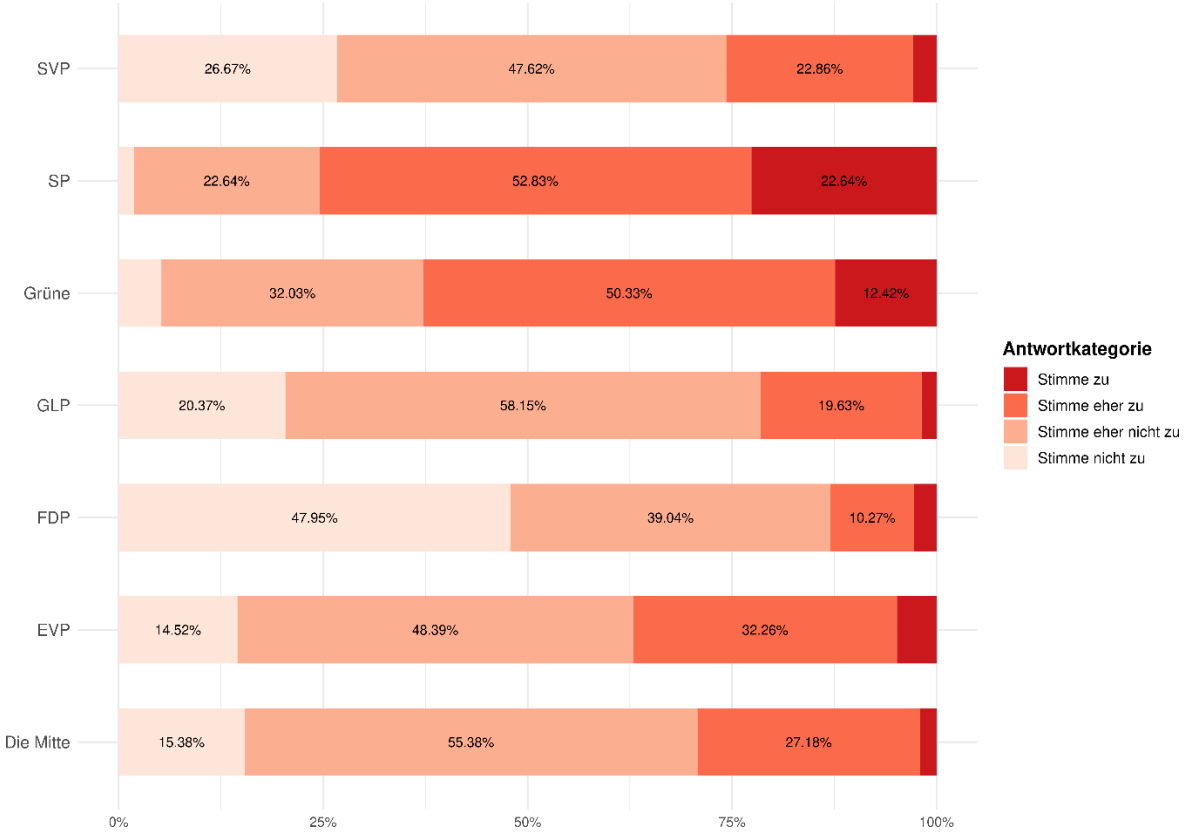


Abbildung 3.14: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung erhöht die Qualität der zu leistenden Arbeit»: Antwortverteilung pro Partei

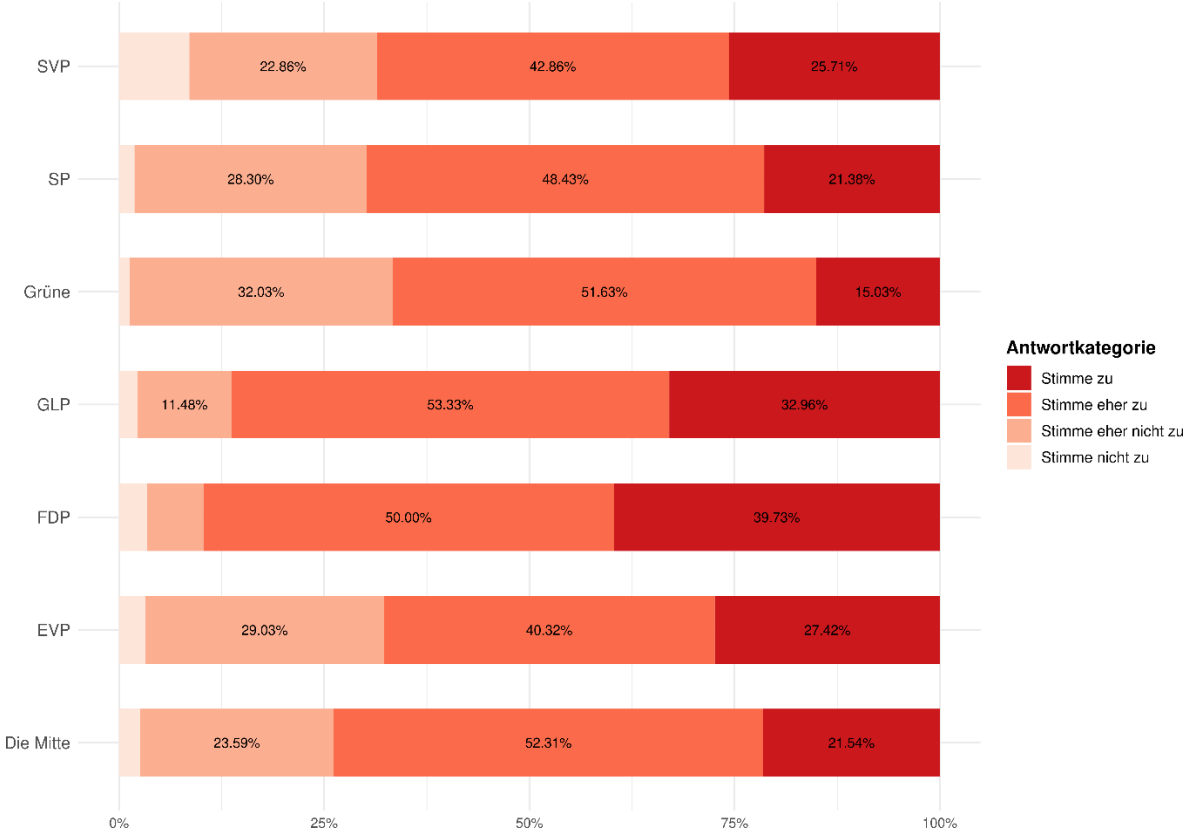
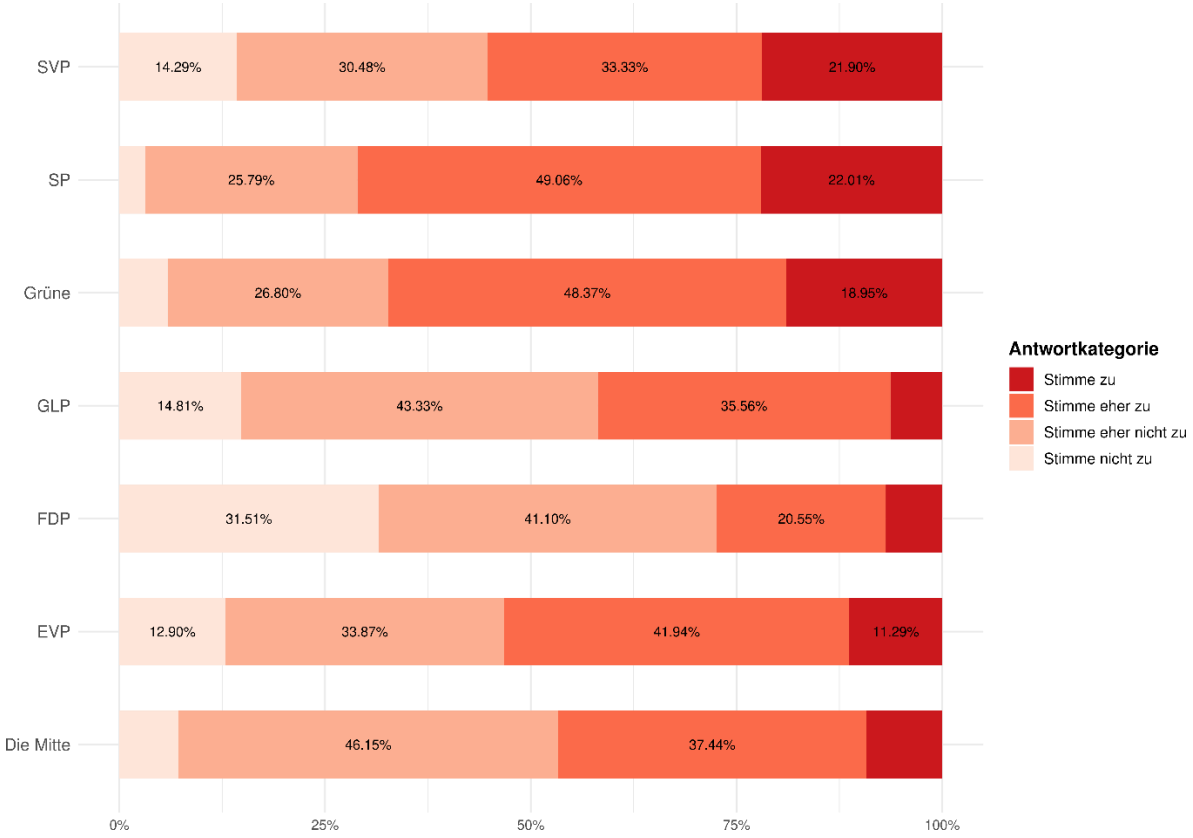


Abbildung 3.15: Beurteilung der Aussage: «Digitalisierung schürt berechtigte Ängste vor Jobverlust»: Antwortverteilung pro Partei



3.2 Haltung zu digitalpolitischen Sachthemen

Der Digitalisierungsmonitor-Fragebogen beinhaltete insgesamt 24 Fragen zu einzelnen Sachthemen (vgl. Fragebogen im Anhang). Davon wurden fünf Fragen im Rahmen der Online-Wahlhilfe «smartvote» erhoben.

Bei den Sachthemen lassen sich die Antwortmuster grob in drei Kategorien einteilen. Die erste umfasst Themenfelder, in denen das bekannte Links-rechts-Schema vorherrscht. Typischerweise beinhaltet dies Regulierungsfragen, also im weitesten Sinne Fragen, die im Digitalbereich staatliche Eingriffe in die Freiheit Privater thematisieren. Da es sich dabei auch im nicht-digitalen Bereich um das bedeutendste Definitionsmerkmal der Schweizer Parteienlandschaft handelt, verwundert es nicht, dass sich dieses Muster auf digitale Themen überträgt. Ein Beispiel dafür ist die Frage nach dem bevorzugten Zuständigkeitsmodell für den Auf- und Ausbau digitaler Infrastruktur wie Kommunikationsnetze, E-ID oder Public-Cloud-Lösungen. Während bürgerliche Parteien eine geteilte Zuständigkeit befürworten (Staat reguliert, Markt erstellt Angebot), plädieren SP und Grüne grossmehrheitlich für rein staatliche Lösungen. Ebenfalls typisch ist das Beispiel der Regulierung von Künstlicher Intelligenz. Etwa drei Viertel der FDP- und SVP-Kandidierenden begrüssen, dass sich die Schweiz international für eine zurückhaltende Regulierung einsetzt, während Kandidierende linker Parteien dies zu rund 90 Prozent ablehnen.

In eine zweite Kategorie fallen Sachthemen, bei denen unter den Parteien weitgehend Konsens besteht. Auch wenn hierzu genaue Vergleichspunkte zu 2019 fehlen, darf dennoch vermutet werden, dass bei der einen oder anderen Frage dies eine Entwicklung der letzten vier Jahre darstellt: Die Ausrichtung von Lehrplänen der obligatorischen Schule auf die digitalisierte Welt, die Speicherung nicht-öffentlicher Behördendaten ausschliesslich auf Servern in der Schweiz, verpflichtende Cybersecurity-Massnahmen für Betreiber kritischer Infrastruktur, die Förderung von Open Govenment Data, die Bevorzugung von Open-Source-Lösungen sowie das Verfügbarmachen von Bundes-Software unter Open-Source-Lizenz verfügen alle über zustimmende Mehrheiten in allen Parteien. Erstaunlich sind vor allem die Antworten

auf die Frage nach einem Verbot der automatischen Gesichtserkennung im öffentlichen Raum: Selbst unter bürgerlichen Parteien trifft diese Forderung mehrheitlich auf Zustimmung. In umgekehrter Weise gilt dies auch für die Frage, ob die Verwaltung zum Digital-Only-Prinzip übergehen sollte: Alle Parteien lehnen dies mehrheitlich ab, wenn auch unter den FDP- und GLP-Kandidierenden sehr knapp.

Zahlenmässig deutlich kleiner ist die letzte Kategorie. Darin finden sich Fragen, bei denen sich eine Partei gegen alle anderen stellt. Dazu zählen die Themen Einführung von E-Voting sowie eines verpflichtenden elektronischen Patientendossiers, wo die SVP als einzige Partei eine deutlich ablehnende Haltung zeigt. Noch deutlicher ist der Unterschied bei der Frage, ob der Bund mehr Kompetenzen im Bereich der Digitalisierung staatlicher Dienstleistungen erhalten sollte. Die SVP-Kandidierenden lehnen diesen Vorschlag sehr deutlich ab, während er bei den anderen Parteien ebenso deutlich befürwortet wird. Bei der Frage zum Ausbau des 5G-Netzes (resp. der jeweils neusten Übertragungstechnologie) sind es hingegen die Grünen, die (allerdings relativ knapp) ablehnen, während alle anderen deutlich zustimmen.

Der 5G-Ausbau bildet ein weiteres Beispiel, an denen sich die Entwicklung der letzten vier Jahre sehr gut nachvollziehen lässt. Im Vergleich zu den letzten Wahlen 2019 werden die beiden Fragen von allen Parteien heute deutlich positiver beurteilt (vgl. Tabelle 3.2).

Tabelle 3.2: Anteil der Kandidierenden mit zustimmender Antwort (eher Ja / Ja) bzgl. Ausbau des Mobilfunknetzes mit modernster (5G-)Technologie (in %)

	2023 (in %)	2019 (in %)	Veränderung (Prozentpunkte)
Die Mitte	90	74	+16
EVP	69	41	+28
FDP	96	92	+4
GLP	92	82	+10
Grüne	43	21	**+22**
SP	84	59	**+25**
SVP	84	75	+9

Abbildung 3.16: «Befürworten Sie staatliche Massnahmen für eine nachhaltigere Nutzung von elektronischen Geräten (z.B. Recht auf Reparatur, Verlängerung der Gewährleistungsfrist, garantierte Mindestzeit für Software-Updates)?» (smartvote-Frage): Antwortverteilung pro Partei

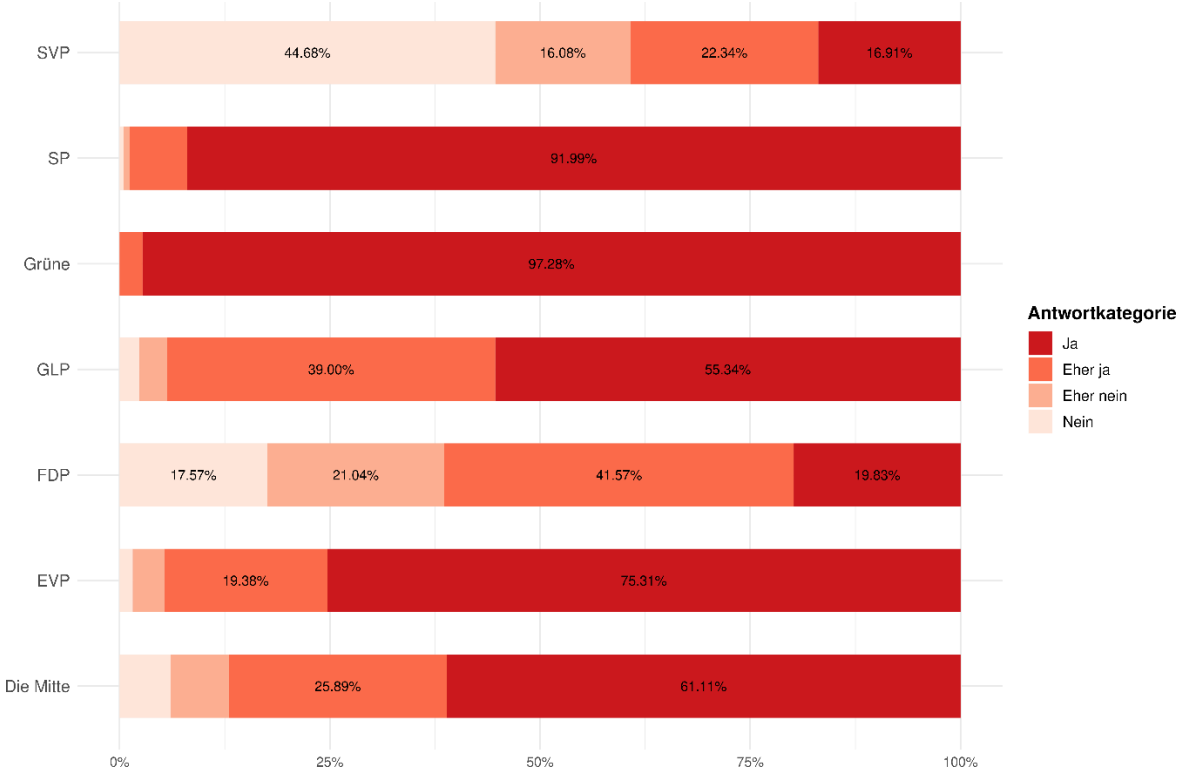


Abbildung 3.17: «Soll das Schweizer Mobilfunknetz möglichst flächendeckend mit der neusten Technologie ausgestattet werden (aktuell 5G-Standard)?» (smartvote-Frage): Antwortverteilung pro Partei

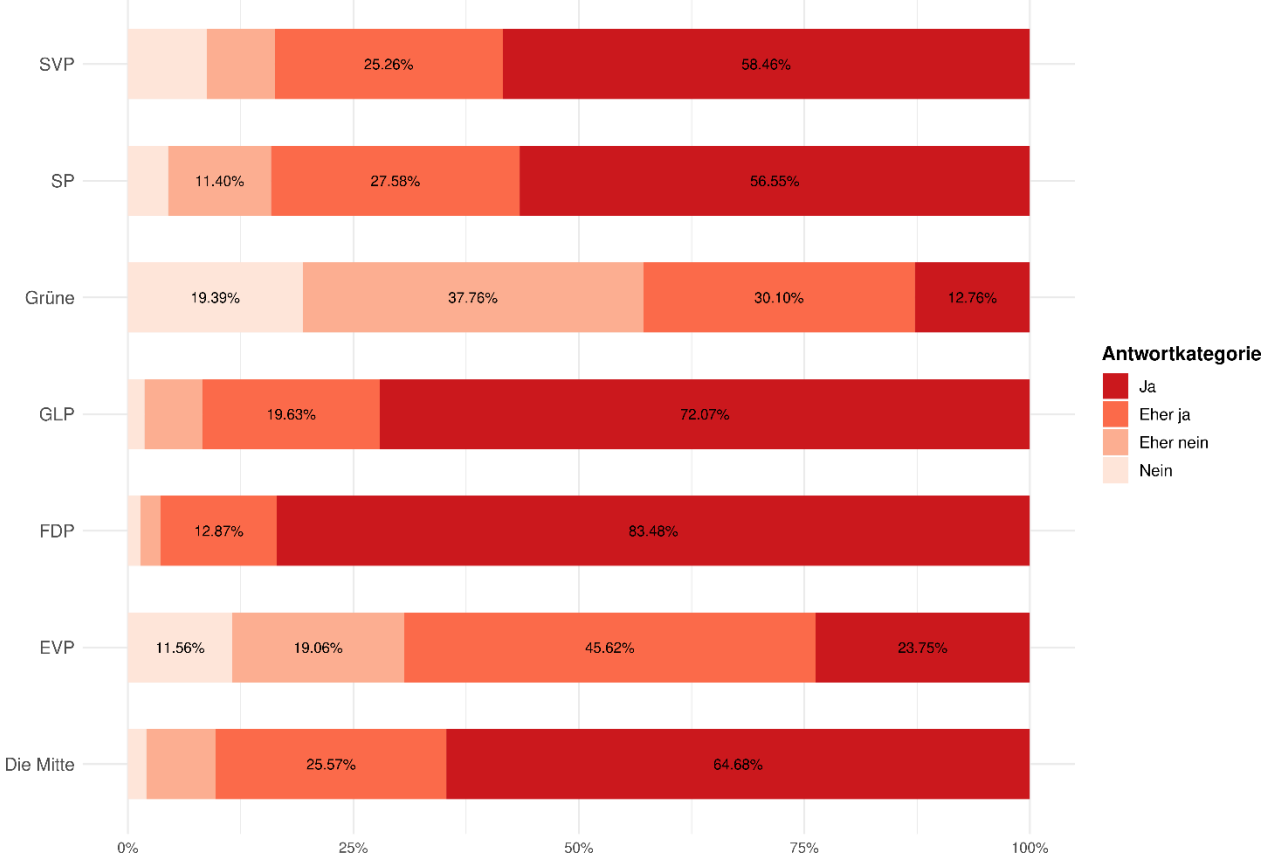


Abbildung 3.18: «Soll der Bund im Bereich der Digitalisierung staatlicher Dienstleistungen zusätzliche Kompetenzen erhalten, um gegenüber den Kantonen verbindliche Vorgaben und Standards durchsetzen zu können?» (smartvote-Frage): Antwortverteilung pro Partei

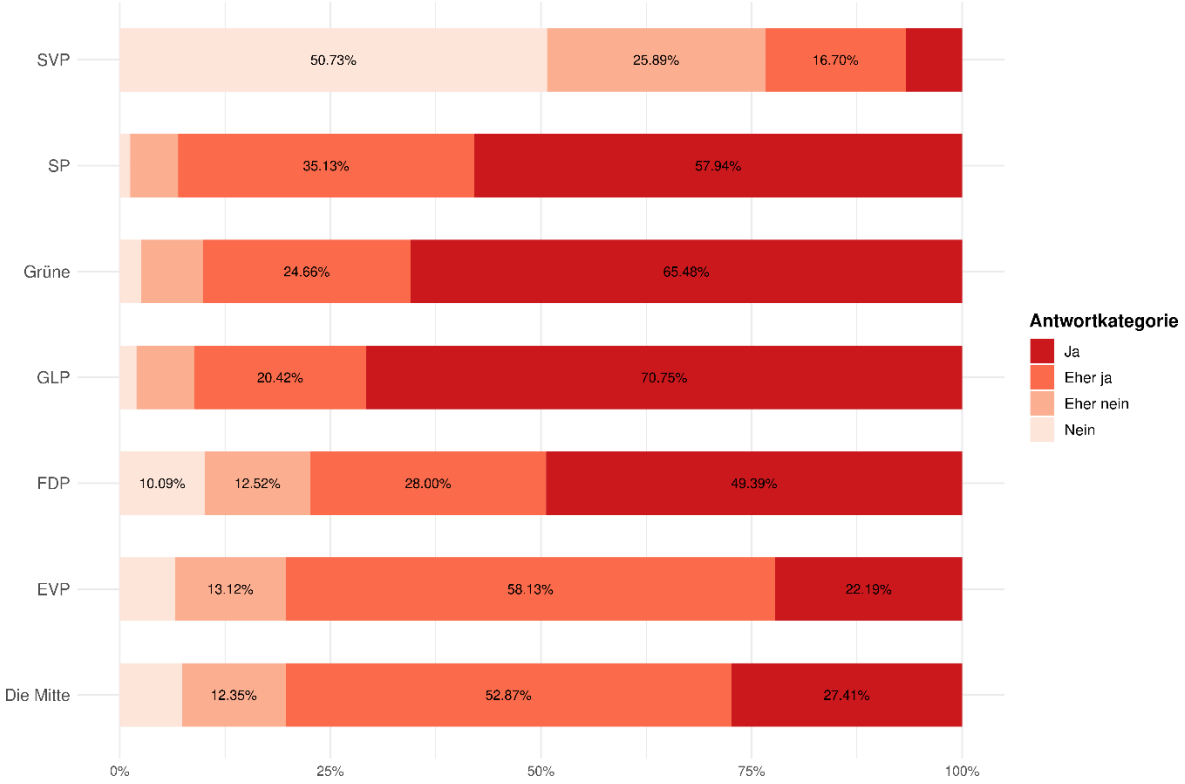


Abbildung 3.19: «Befürworten Sie eine stärkere Regulierung grosser Internetplattformen (Transparenz-Regeln bei Algorithmen, verstärkte Haftung für Inhalte, Bekämpfung von Desinformation)?» (smartvote-Frage): Antwortverteilung pro Partei

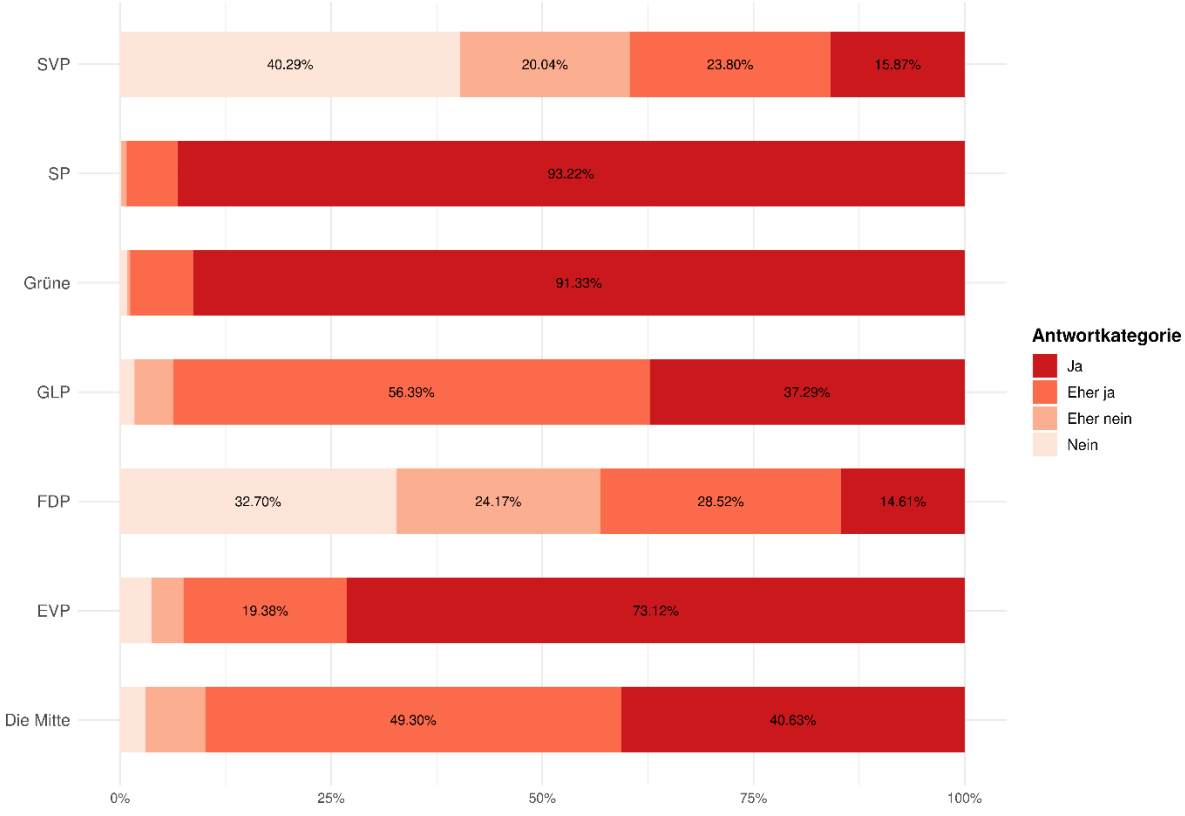


Abbildung 3.20: «Soll die automatische Gesichtserkennung im öffentlichen Raum verboten werden?» (smartvote-Frage): Antwortverteilung pro Partei

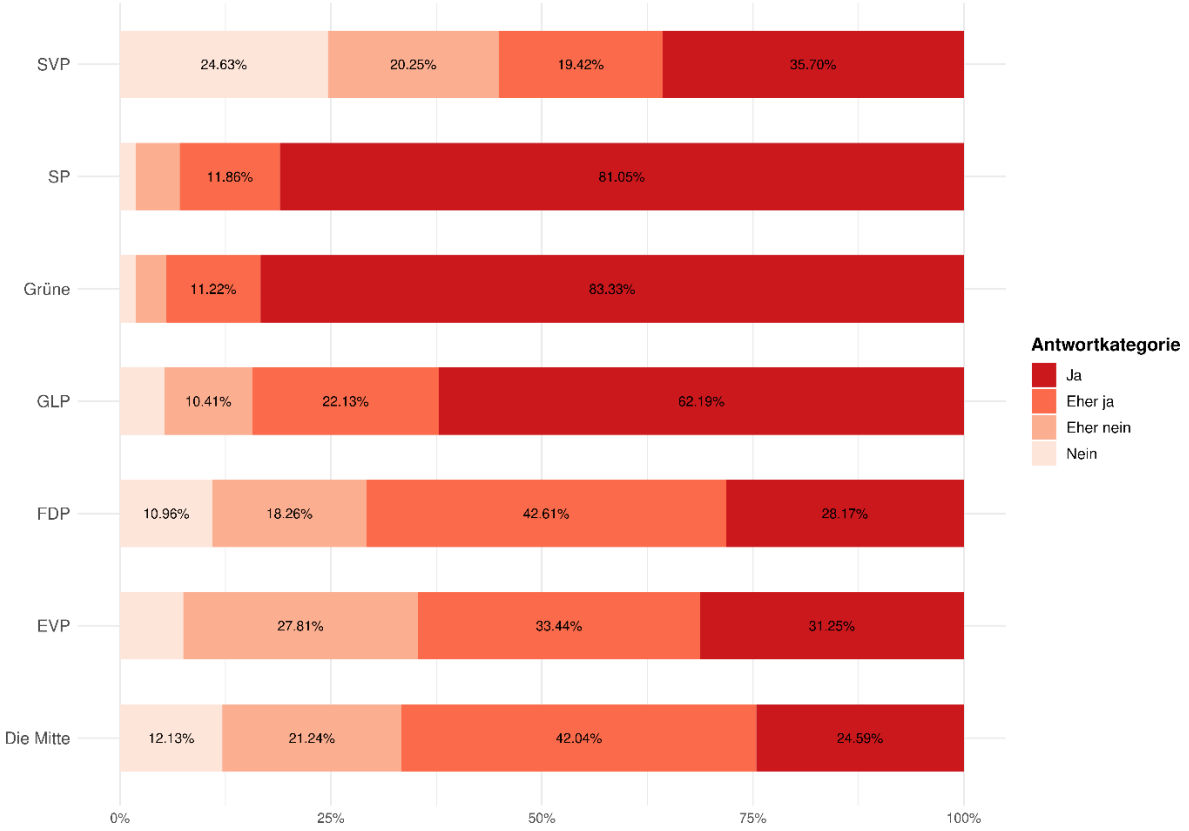


Abbildung 3.21: «Braucht es ein stärkeres Engagement (auch finanziell) des Staates, um die digitale Teilhabe von gesellschaftlich benachteiligten Gruppen (insbesondere Armutsbetroffene, Migrant/-innen oder Menschen mit Behinderung) zu verbessern?»: Antwortverteilung pro Partei

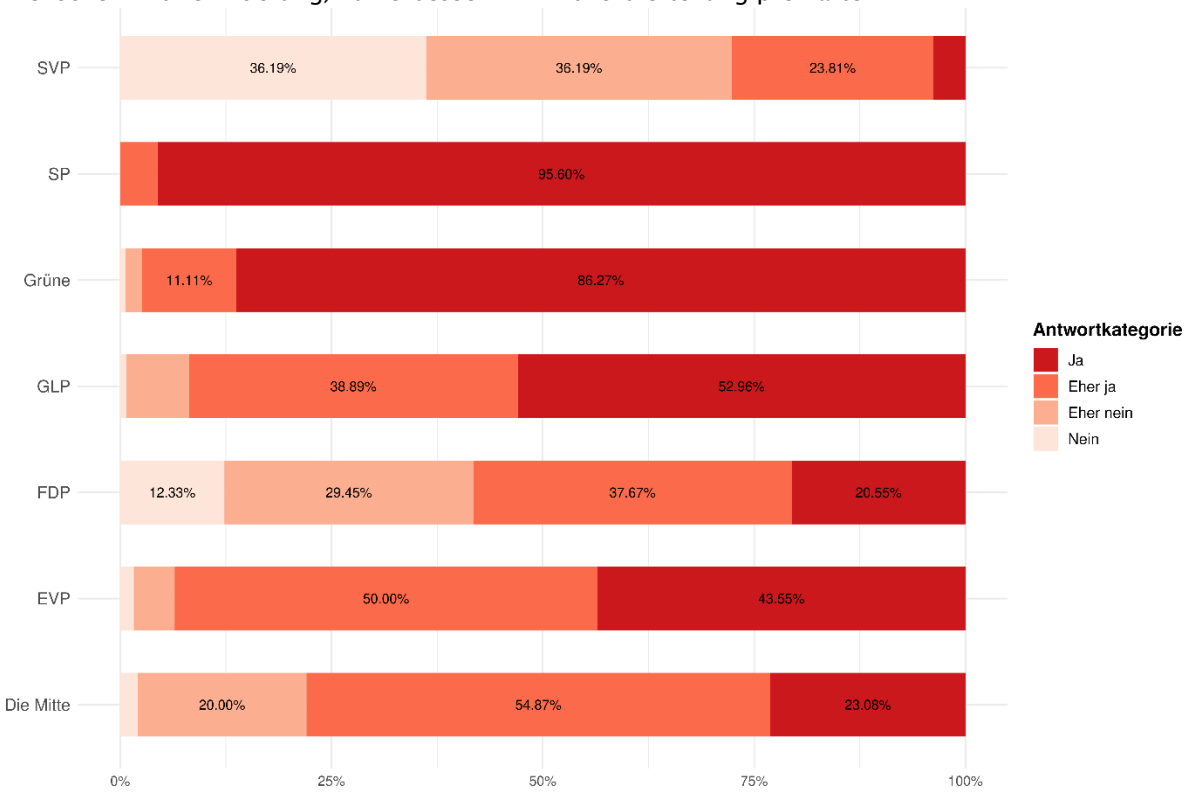


Abbildung 3.22: «Erachten Sie es als wichtig, dass die Lehrpläne der obligatorischen Schule darauf ausgerichtet sind, die Kinder auf die digitalisierte Welt vorzubereiten und ihnen die grundlegenden Fähigkeiten für den Umgang mit digitalen Anwendungen zu vermitteln?»: Antwortverteilung pro Partei

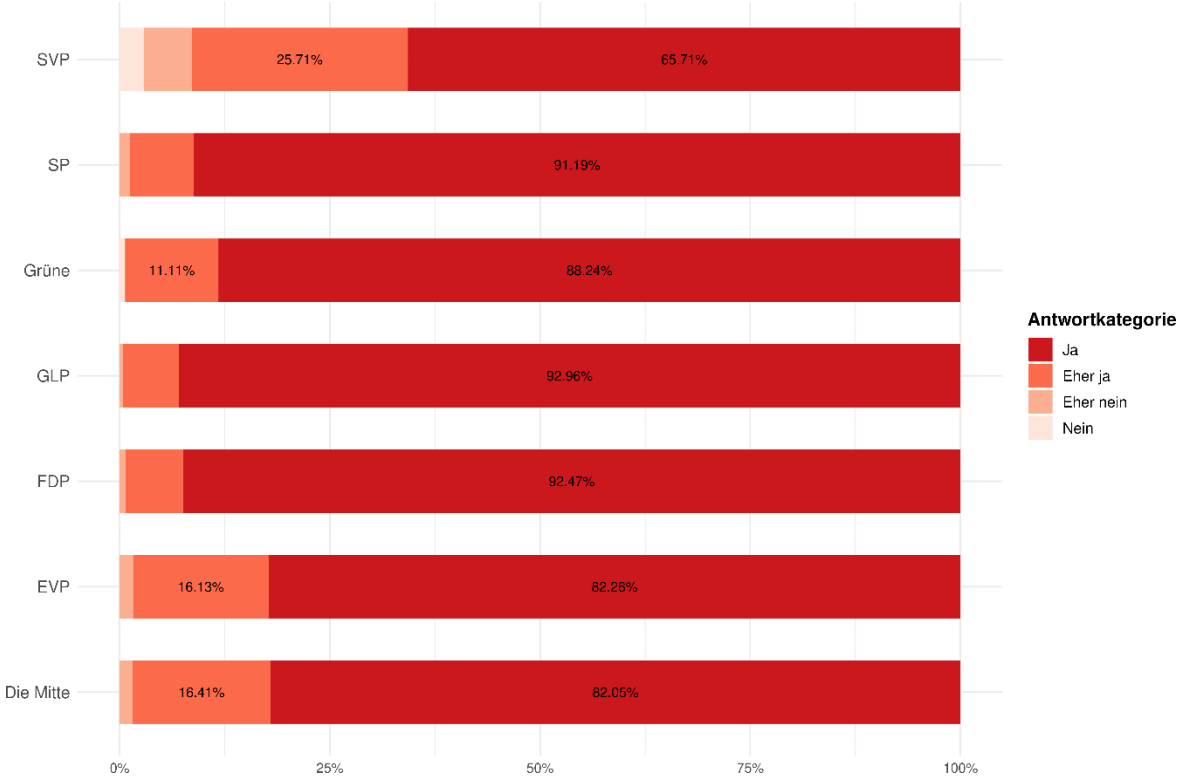


Abbildung 3.23: «Soll der Staat zusätzliche Massnahmen zur digitalen Befähigung der erwachsenen Bevölkerung finanzieren (z.B. Besuch kostenloser Weiterbildungsangebote oder Kurse zum Umgang mit neuen digitalen Anwendungen)?»: Antwortverteilung pro Partei

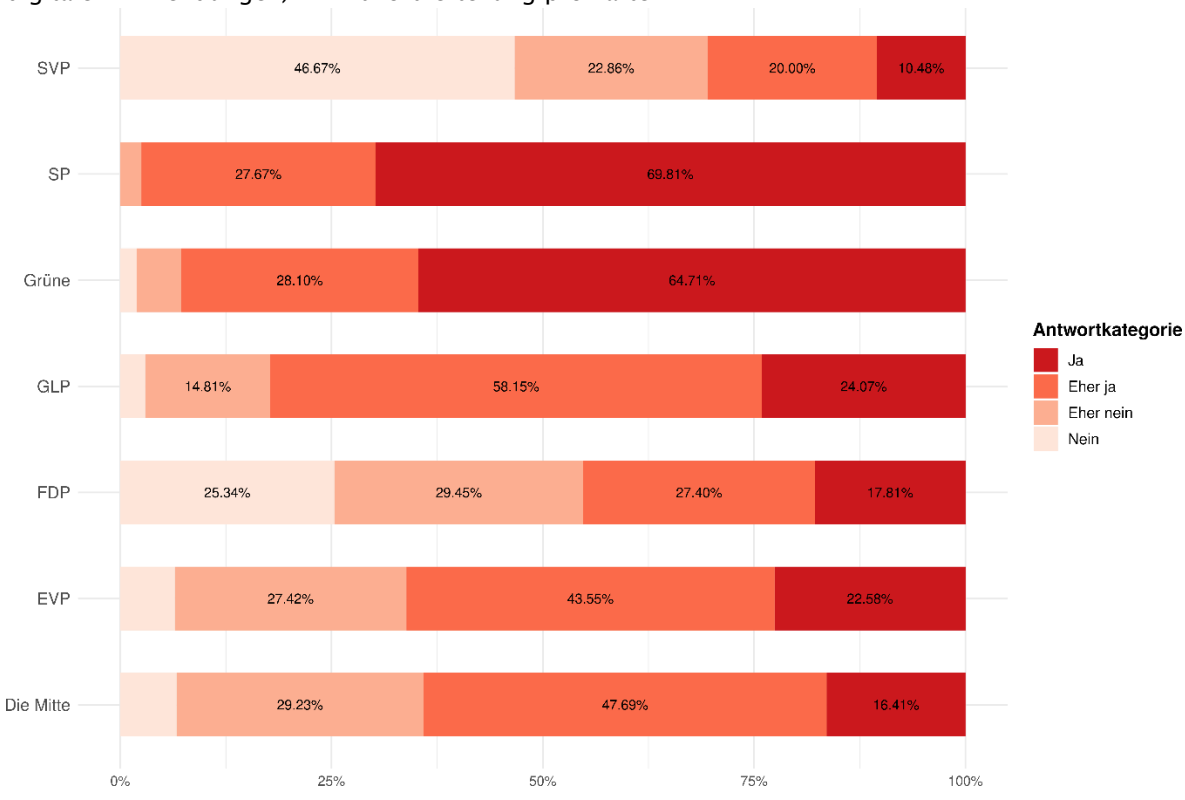


Abbildung 3.24: «Mit der Digitalisierung entstehen neue Arbeitsmodelle (z.B. vermehrtes Homeoffice oder durch Online-Plattformen vermittelte Arbeitseinsätze). Sollte deshalb das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht flexibler ausgestaltet werden (z.B. Lockerung der Regeln betreffend Arbeitszeiterfassung, Arbeits- und Ruhezeiten)?»: Antwortverteilung pro Partei

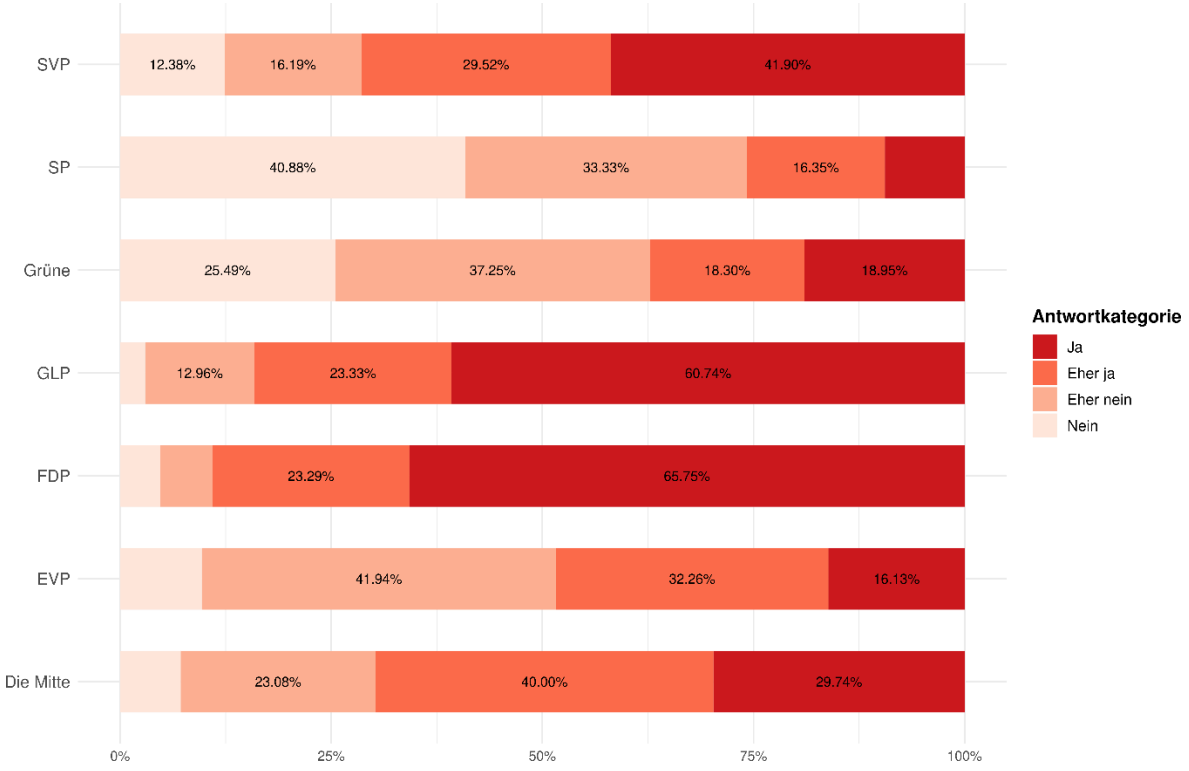


Abbildung 3.25: «Sollen gewinnorientierte Internet-Plattformen verpflichtet werden, für Anreissertexte (Teaser), die zu Schweizer Online-Medien führen, eine Abgabe zu bezahlen (Einführung eines Leistungsschutzrechts)?»: Antwortverteilung pro Partei

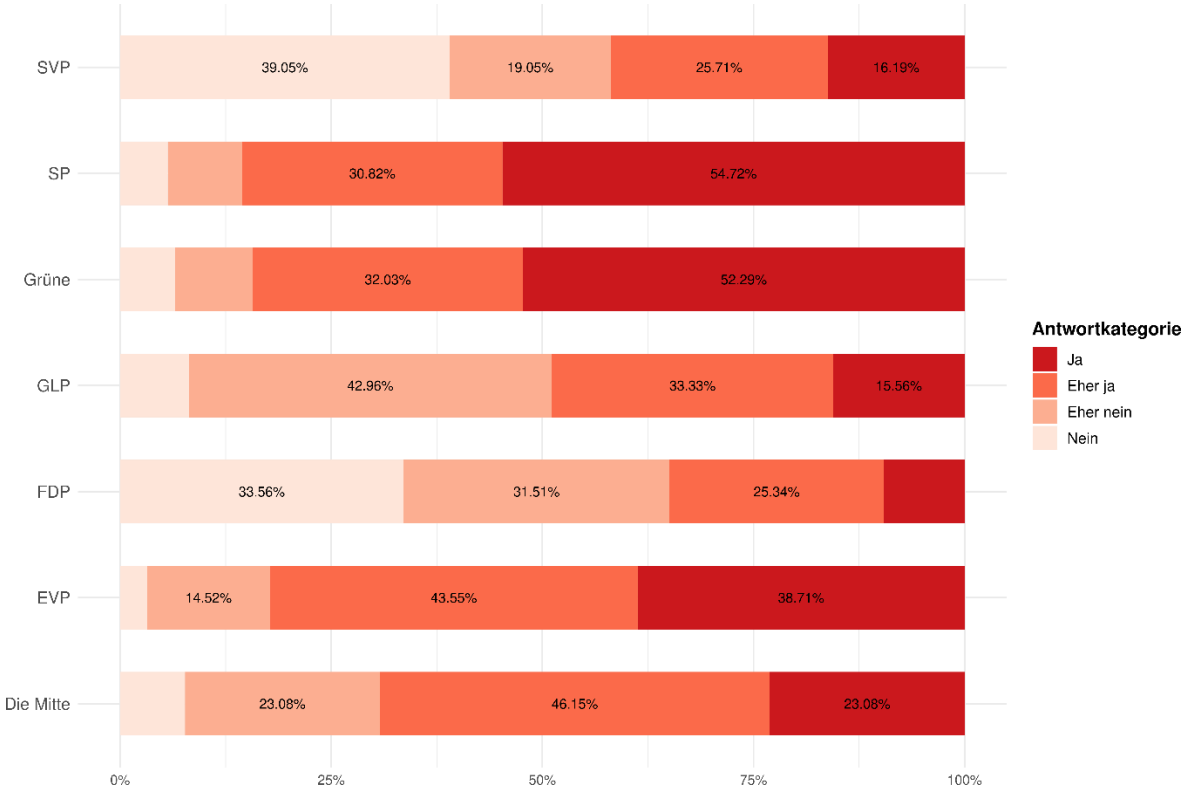


Abbildung 3.26: «Sollen Anbieter von Online-Werbung verpflichtet werden, ein öffentliches Verzeichnis aller publizierten Anzeigen mit politischem Inhalt zu führen?»: Antwortverteilung pro Partei

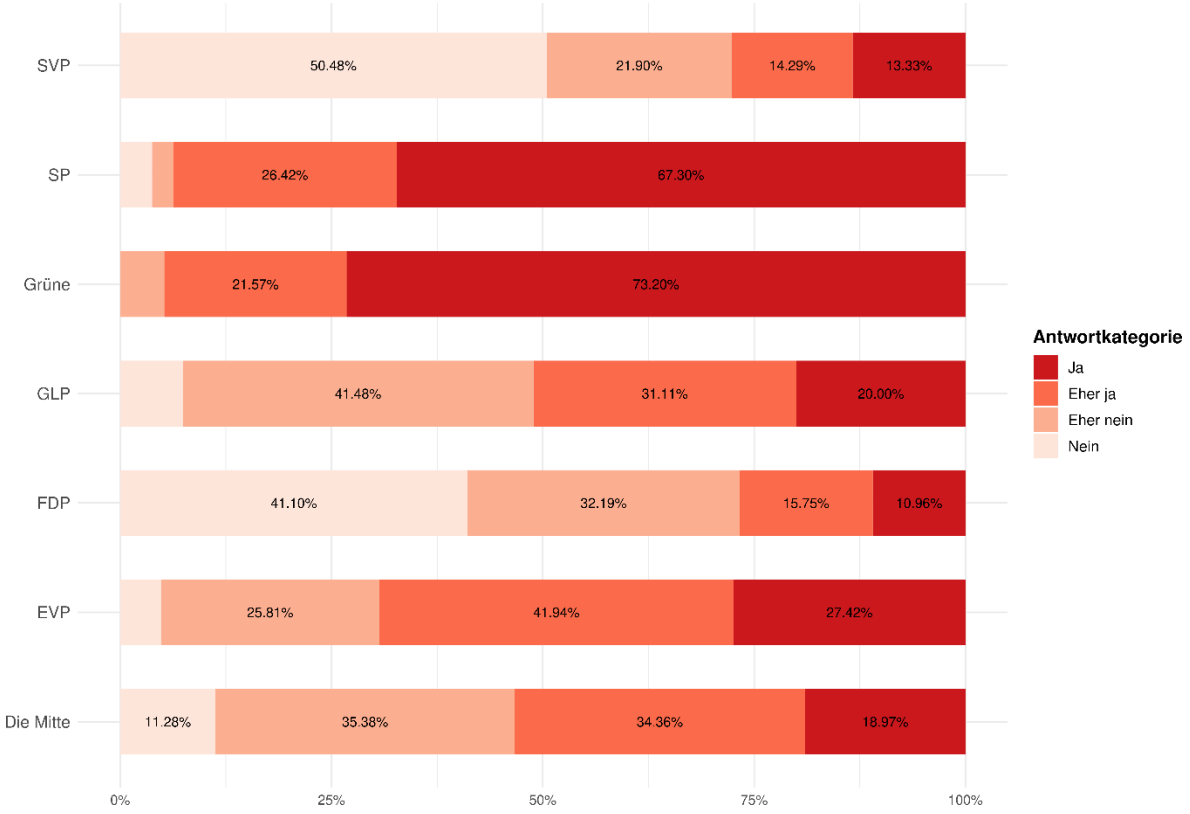


Abbildung 3.27: «Im September 2023 tritt das revidierte Datenschutzgesetz in Kraft. Sollte das Datenschutz-Niveau in der Schweiz in Zukunft weiter erhöht, wieder gesenkt oder auf dem ab September geltenden Stand belassen werden?»: Antwortverteilung pro Partei

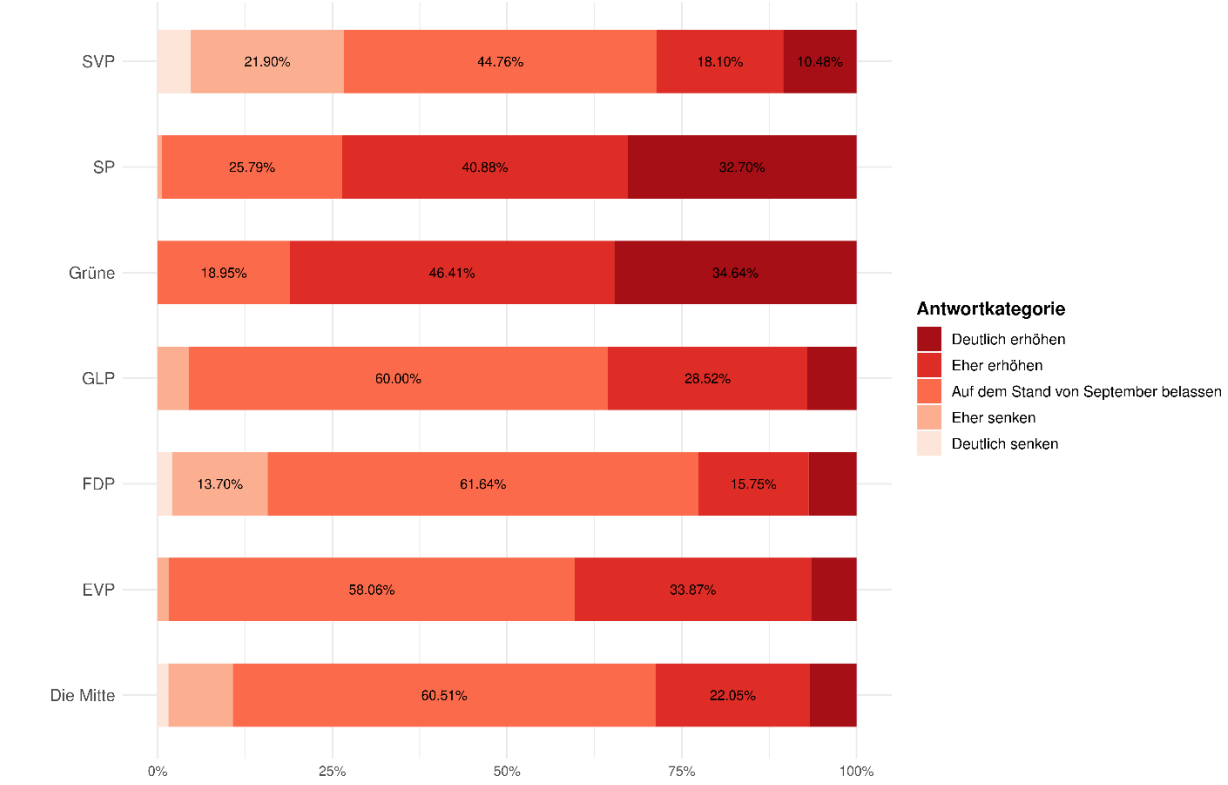


Abbildung 3.28: «Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienste sind heute befugt, während 6 Monaten auf sämtliche Verbindungs- und Standortdaten (Internet, Telefon) zuzugreifen (Vorratsdatenspeicherung). Sollen diese Befugnisse eingeschränkt, erweitert oder auf dem aktuellen Stand belassen werden?»: Antwortverteilung pro Partei

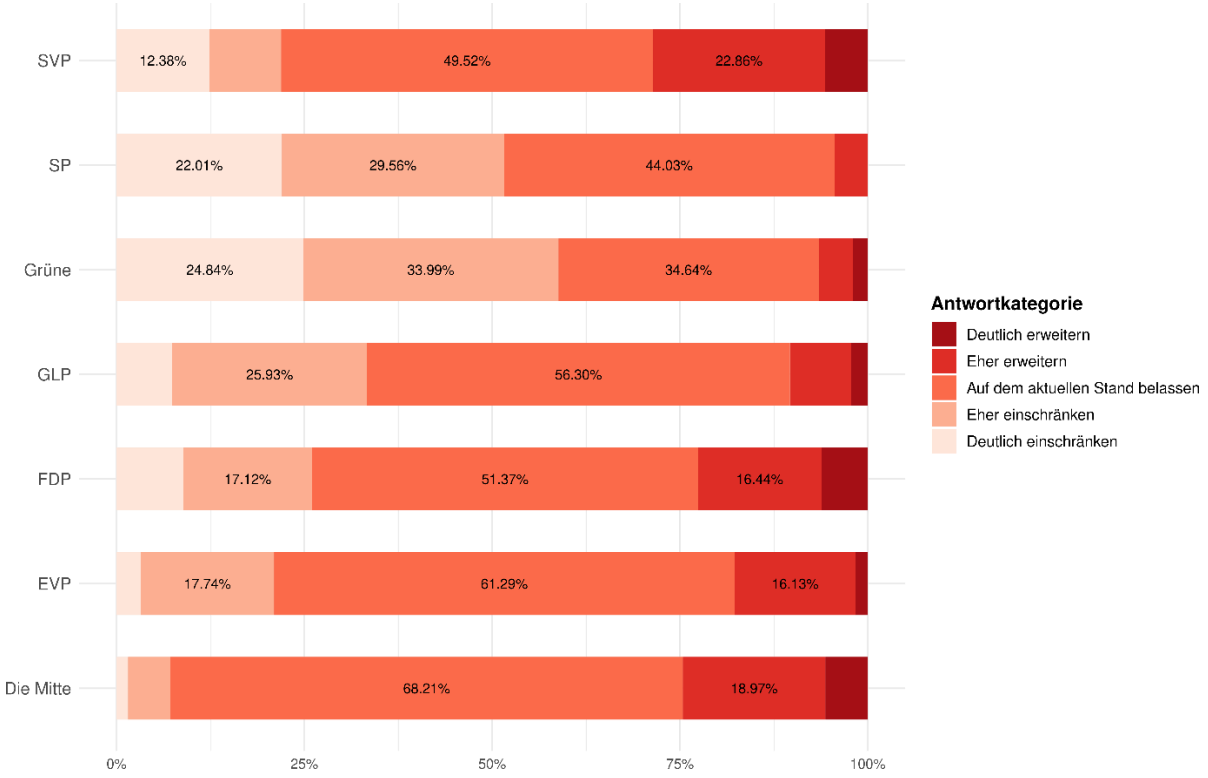


Abbildung 3.29: «Ein Gesetzesvorschlag sieht vor, dass Betreiber von kritischen Infrastrukturen Cyberangriffe mit grossem Schadenspotenzial binnen 24 Stunden an das Nationale Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) melden müssen. Wird die Meldung vorsätzlich unterlassen, drohen Bussen bis zu 100'000 Franken. Befürworten Sie diesen Vorschlag?»: Antwortverteilung pro Partei

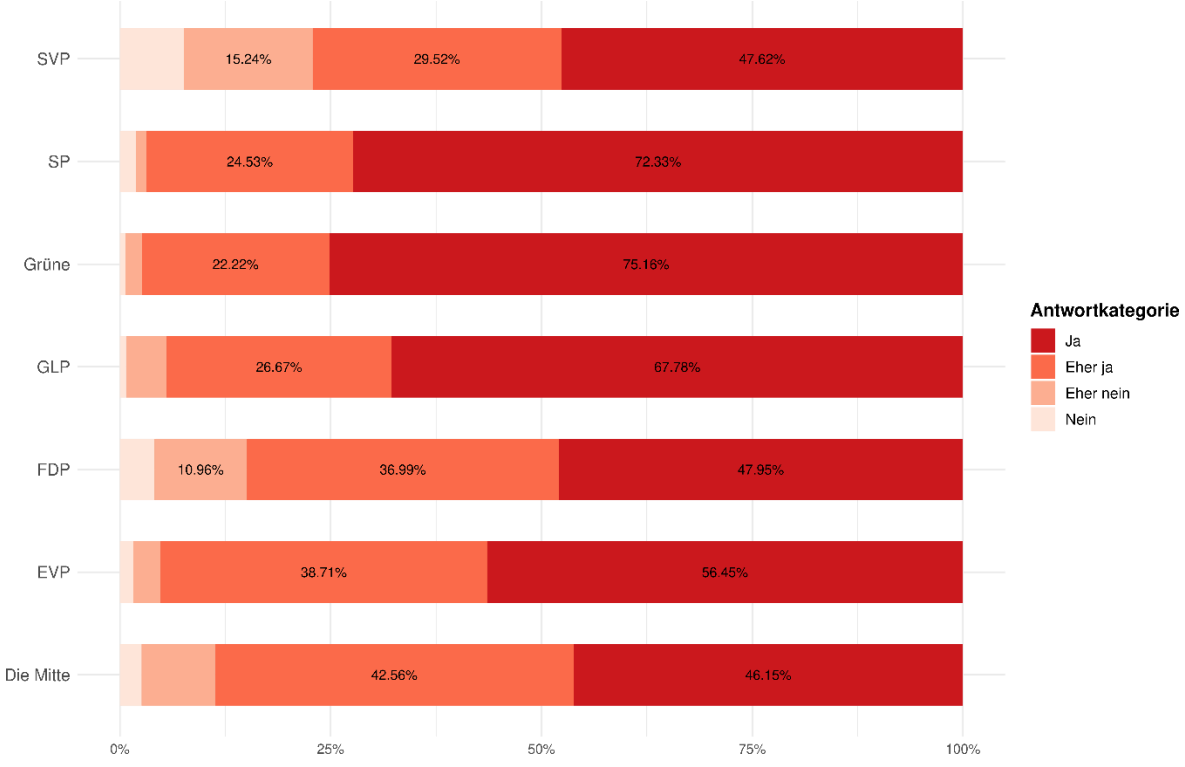


Abbildung 3.30: «Würden Sie es befürworten, wenn sämtliche nicht-öffentlichen Behördendaten ausschliesslich auf Servern gespeichert werden müssten, die in der Schweiz stehen und von Schweizer Firmen betrieben werden?»: Antwortverteilung pro Partei

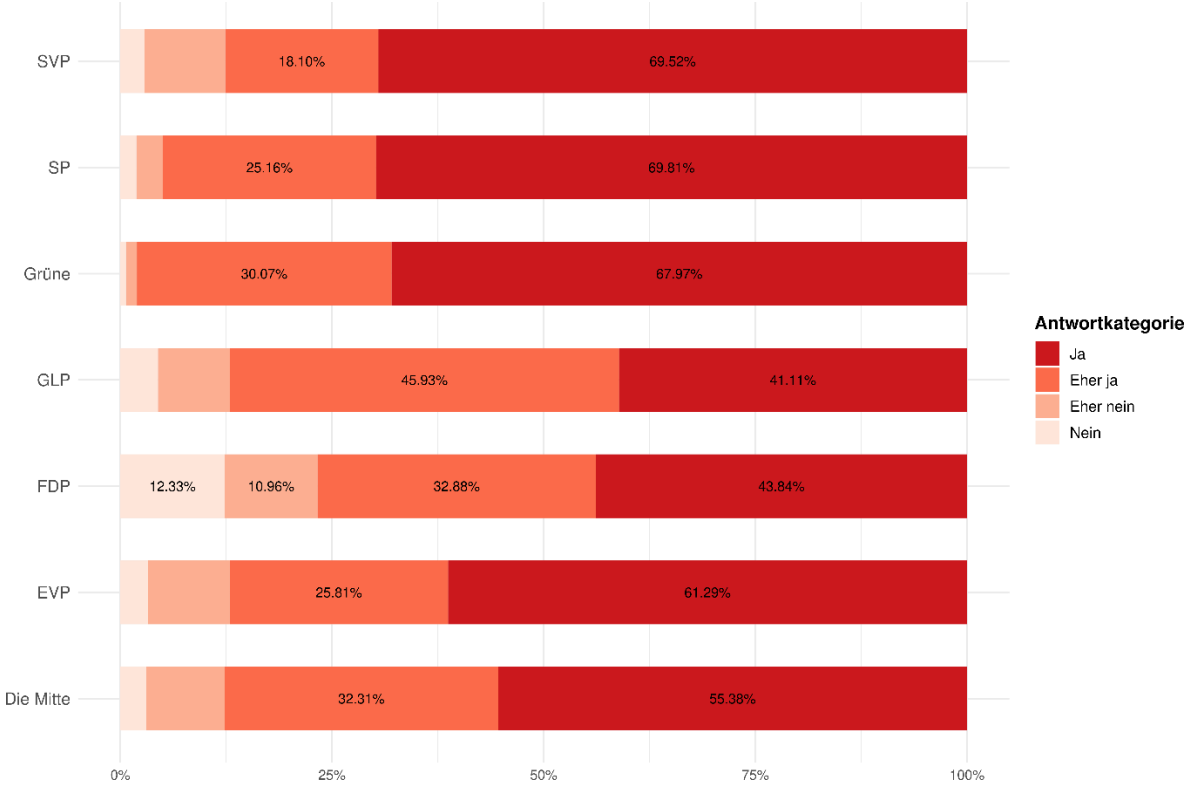


Abbildung 3.31: «Finden Sie es richtig, dass Software, die der Bund selbst entwickelt oder in seinem Auftrag entwickelt wird, unter einer Open-Source-Lizenz frei verfügbar gemacht wird?»: Antwortverteilung pro Partei

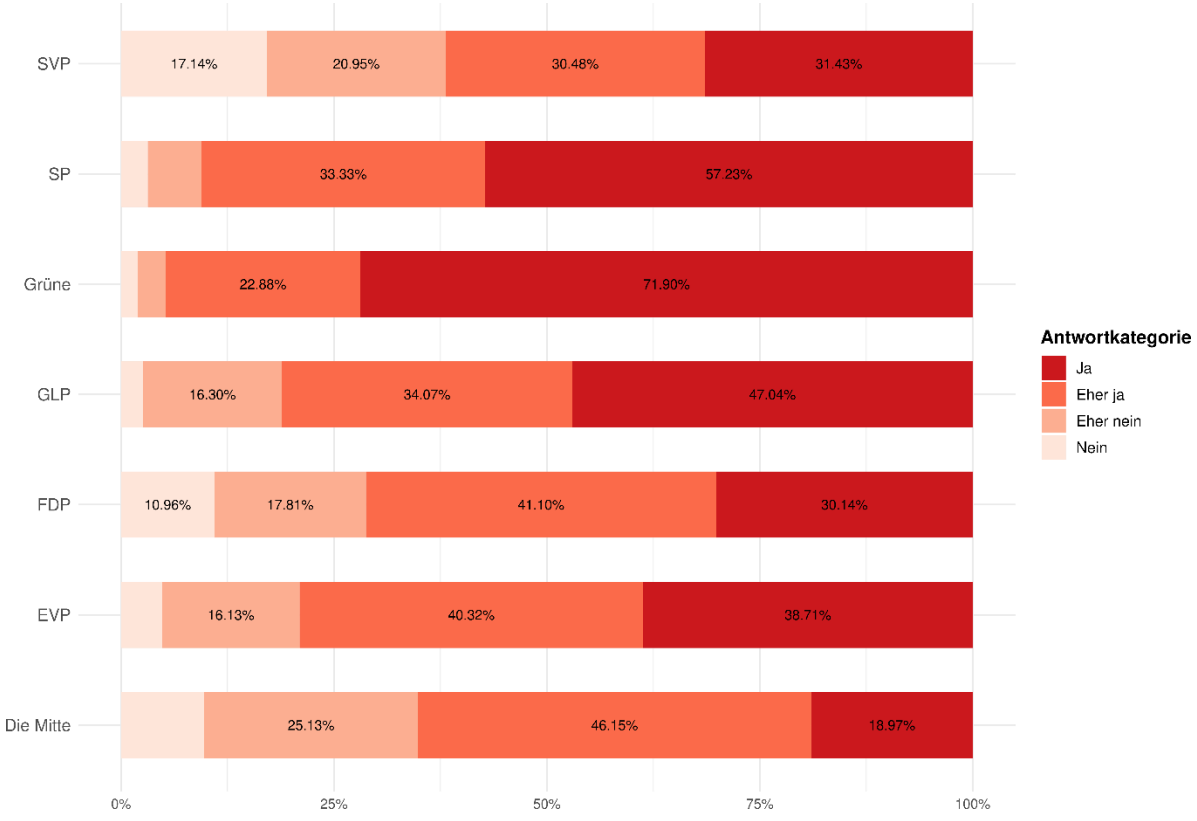


Abbildung 3.32: «Sollen Behörden und andere öffentliche Stellen (z.B. Schulen) bei der Informatikbeschaffung Lösungen basierend auf Open-Source-Software bevorzugen (digitale Souveränität)?»: Antwortverteilung pro Partei

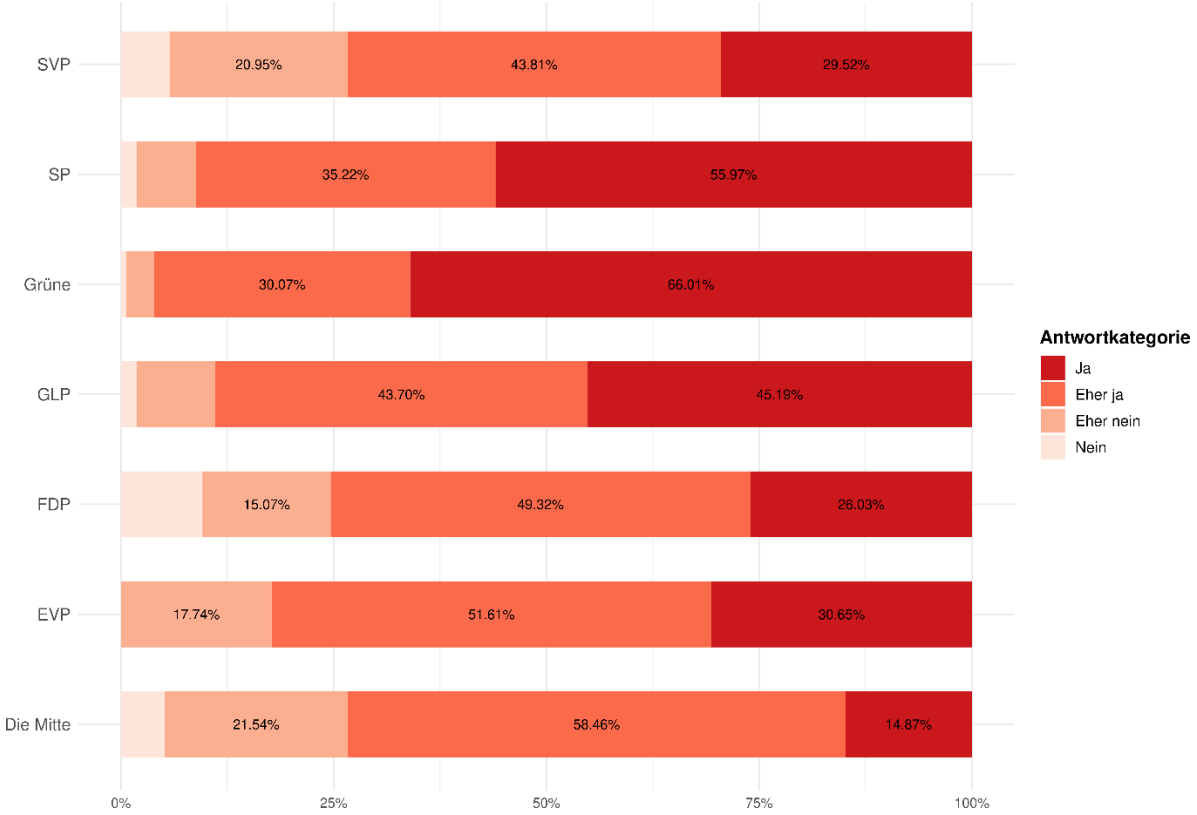


Abbildung 3.33: «Soll die Verwaltung dazu übergehen, vor Ort am Schalter oder per Post erbrachte Dienstleistungen ausschliesslich online anzubieten (Digital-Only-Prinzip)?»: Antwortverteilung pro Partei

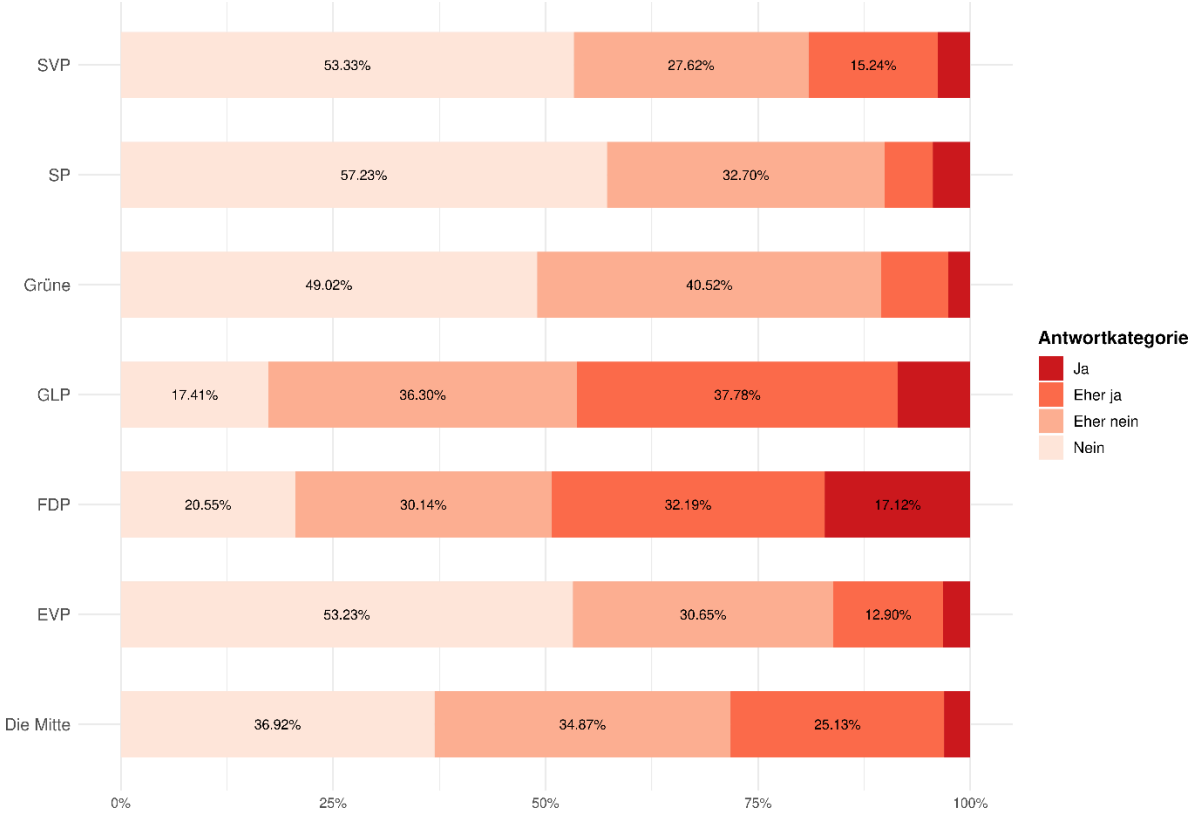


Abbildung 3.34: «Soll nach Einführung der digitalen Identitätslösung (E-ID) diese auch für das Sammeln von Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden genutzt werden können (E-Collecting)?»: Antwortverteilung pro Partei

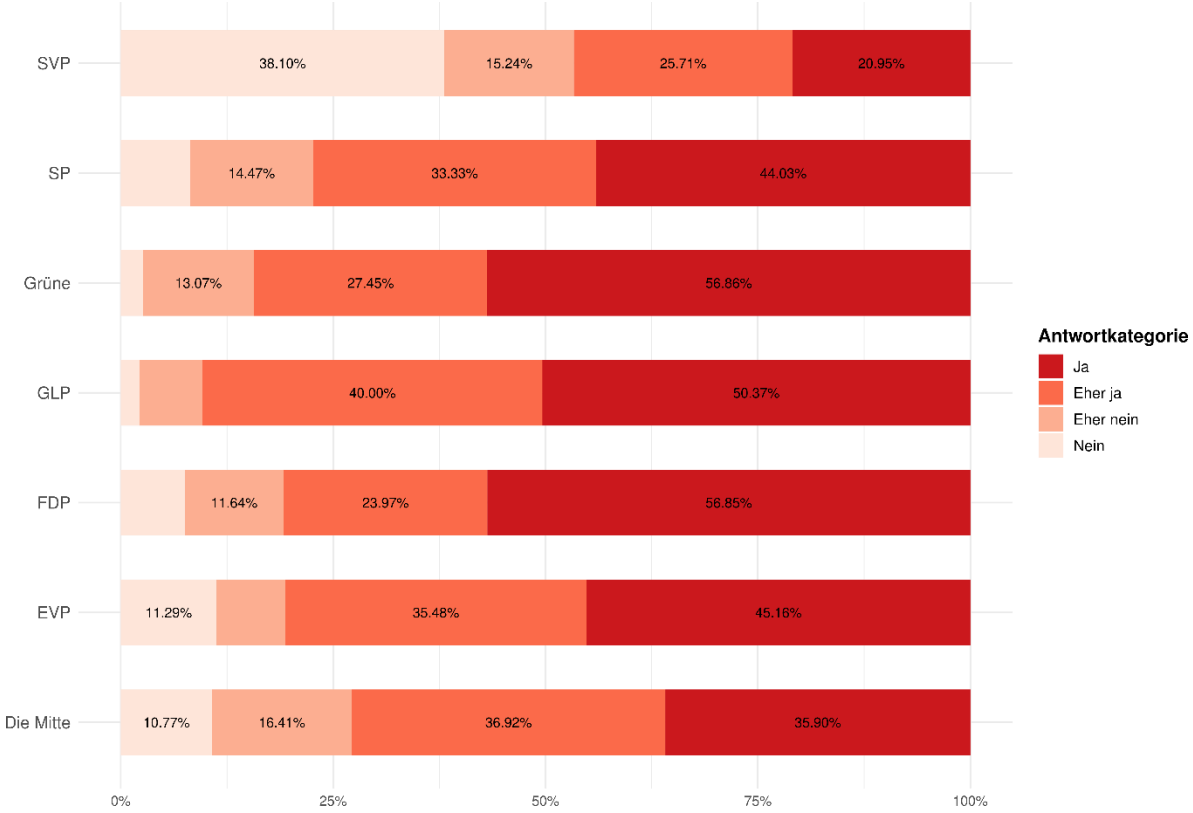


Abbildung 3.35: «Soll das aktuelle E-Voting-System allen Stimmberechtigten für die digitale Stimmabgabe zur Verfügung gestellt werden?»: Antwortverteilung pro Partei

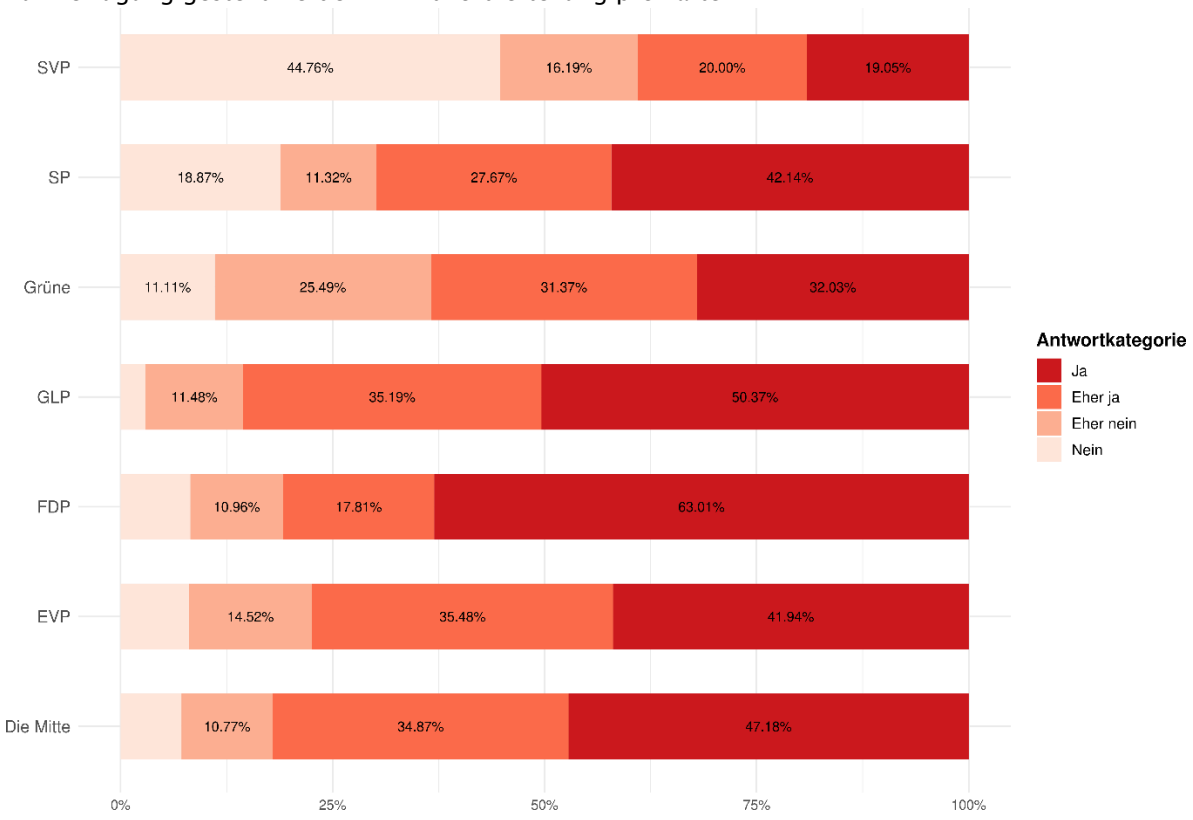


Abbildung 3.36: «Soll die Nutzung eines einheitlichen elektronischen Patientendossiers (EPD) für alle Patient/-innen und medizinischen Leistungserbringer obligatorisch sein (Digitalisierung der Gesundheitsdaten)?»: Antwortverteilung pro Partei

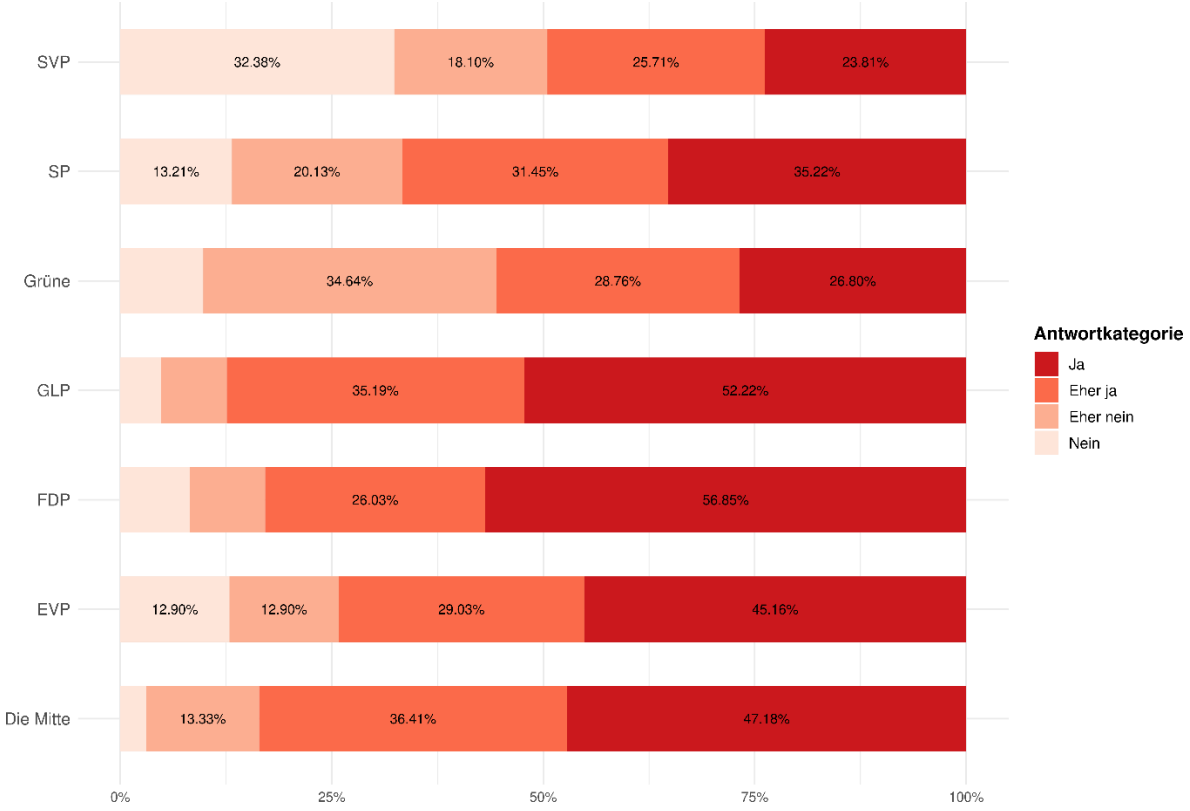


Abbildung 3.37: «Die Bundesverwaltung ist verpflichtet, alle Daten, die nicht personenbezogen oder sicherheitsrelevant sind, unentgeltlich und zeitnah in maschinenlesbarer Form im Internet zu veröffentlichen (Open Government Data). Befürworten Sie eine prioritäre Umsetzung dieser Zielsetzung (Freigabe der dafür notwendigen finanziellen Mittel)?»: Antwortverteilung pro Partei

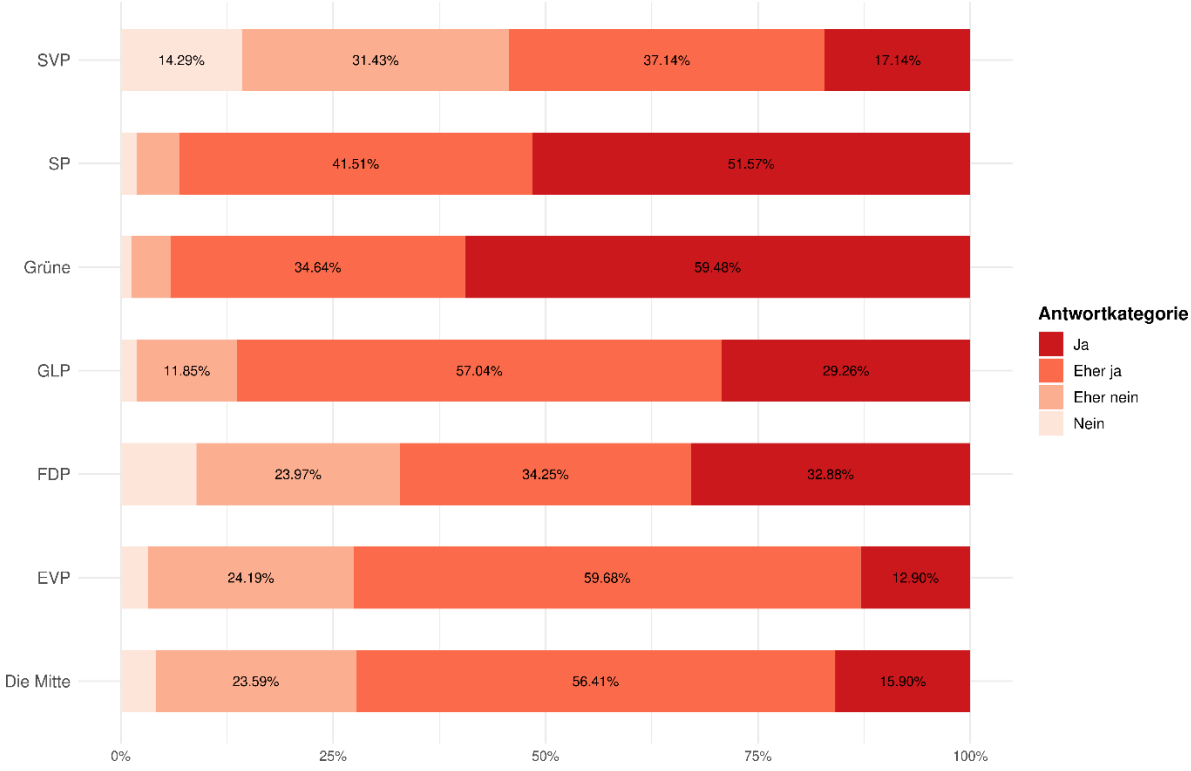


Abbildung 3.38: «Die Schweiz setzt sich international für eine zurückhaltende und eher wirtschaftsfreundliche Regulierung von Künstlicher Intelligenz ein (u.a. Verzicht auf Transparenzpflicht bei KI-Algorithmen). Begrüssen Sie diese Haltung?»: Antwortverteilung pro Partei

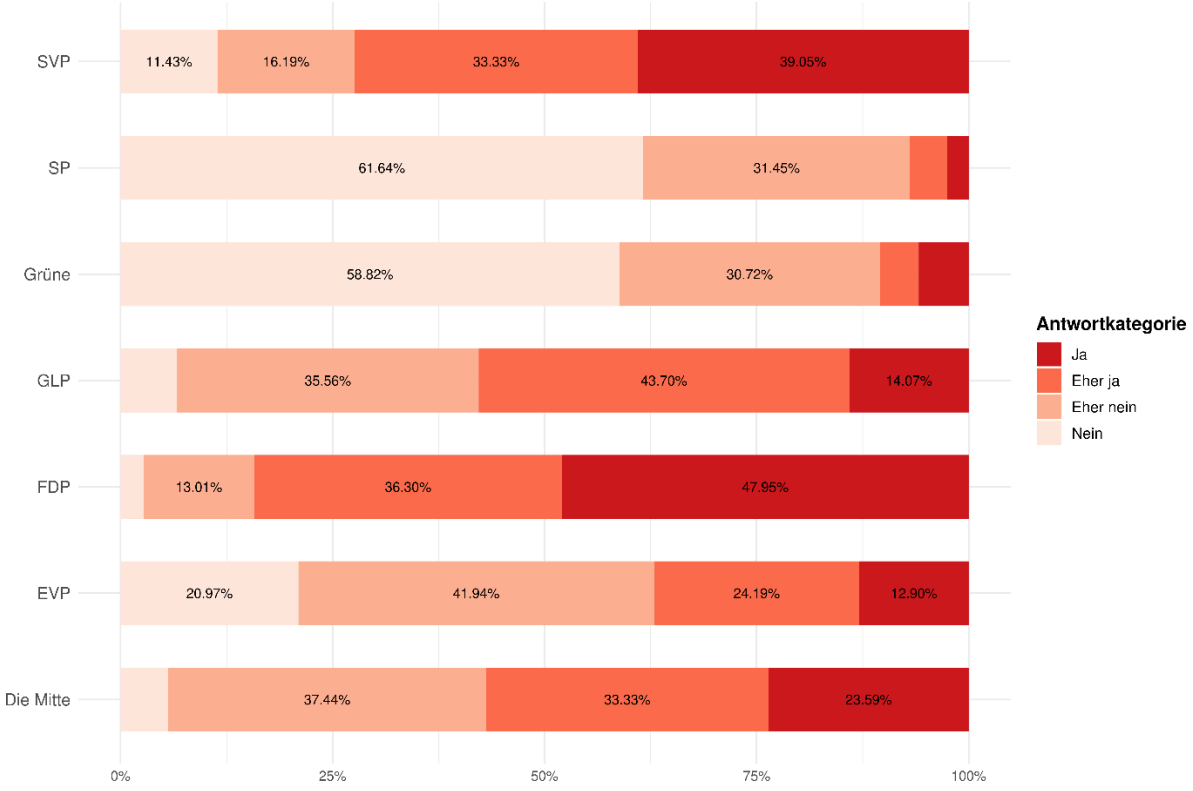
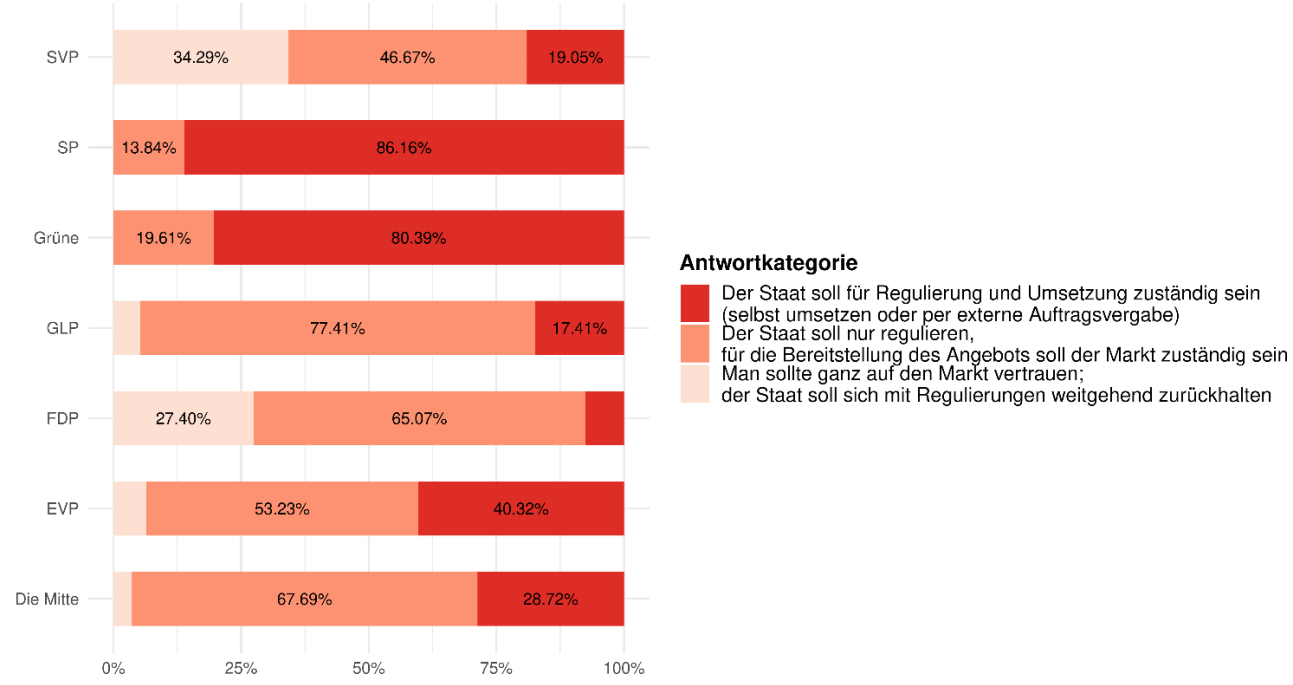


Abbildung 3.39: «Die Zuständigkeit für den Auf- und Ausbau von digitaler Infrastruktur (z.B. Telekommunikationsnetze, E-ID, Public-Cloud-Lösungen) kann unterschiedlich ausgestaltet werden. Welches Modell halten Sie dafür in der Regel am besten geeignet?»: Antwortverteilung pro Partei



4 Fazit und Ausblick

Der Digitalisierungsmonitor 2023 darf auf der Ebene der Projektausführung (verbreiterte Trägerschaft und Zusammenarbeit mit den Projektpartnern) durchaus als Erfolg gewertet werden. Auch die technische Umsetzung des webbasierten Vergleichstools verlief sehr zufriedenstellend. Das Sorgenkind bleibt das erstaunlich geringe Interesse an der Thematik und infolgedessen eine ebenfalls tiefe Beteiligung der Kandidierenden am Digitalisierungsmonitor. Wie schon vor den Wahlen 2019, war auch im Wahlkampf 2023 die Digitalisierungsthematik weit davon entfernt, eine zentrale Rolle zu spielen. Die (erwartbar) geringe Beteiligung von knapp über 20 Prozent der Kandidierenden bewegt sich auf ähnlichem Niveau wie 2019, was letztlich eine Folge der fehlenden digitalen Agenda der Parteien darstellt.

Inhaltlich ist zumindest bei denjenigen Kandidierenden, die sich an der Befragung beteiligt und ihre digitalpolitischen Vorstellungen transparent gemacht haben, eine Veränderung in Richtung einer positiveren Beurteilung der Digitalisierung und der dafür notwendigen Voraussetzungen feststellbar. Die aus der Pandemie mitgenommenen Erfahrungen haben diesbezüglich sicher mitgespielt. Auf ein Umdenken in verschiedenen Bereichen lassen auch die vor den Wahlen initiierten bzw. bereits verabschiedeten Gesetzesgrundlagen schliessen, so beispielsweise das Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG), das Informationssicherheitsgesetz (ISG) oder auch die laufenden Arbeiten am elektronischen Patientendossier.

Dennoch ist angesichts der vielen ungelösten Fragen der rechtlichen und politischen Ausgestaltung der Digitalisierung bereits heute absehbar, dass auch bei den nächsten Wahlen 2027 ein Tool zur Transparenz- und Meinungsbildung in diesem Bereich notwendig sein wird. Die bisherige Projektorganisation, bei der politisch neutrale resp. auf der Grundlage wissenschaftlicher Standards agierende Akteure die Verantwortung für die Fragebogenentwicklung übernehmen und digitalpolitisch aktive Organisationen zusätzliche Expertise einbringen, hat sich grundsätzlich bewährt. Es bleibt zu hoffen, dass bis dann auch Parteien, Kandidierende und Medien der Thematik eine grössere Aufmerksamkeit schenken werden.

Anhang 1: Fragebogen des Digitalisierungsmonitors

Fragen zur digitalen Befähigung

1. Braucht es ein stärkeres Engagement (auch finanziell) des Staates, um die digitale Teilhabe von gesellschaftlich benachteiligten Gruppen (insbesondere Armutsbetroffene, Migrant/-innen oder Menschen mit Behinderung) zu verbessern?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

2. Erachten Sie es als wichtig, dass die Lehrpläne der obligatorischen Schule darauf ausgerichtet sind, die Kinder auf die digitalisierte Welt vorzubereiten und ihnen die grundlegenden Fähigkeiten für den Umgang mit digitalen Anwendungen zu vermitteln?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

3. Soll der Staat zusätzliche Massnahmen zur digitalen Befähigung der erwachsenen Bevölkerung finanzieren (z.B. Besuch kostenloser Weiterbildungsangebote oder Kurse zum Umgang mit neuen digitalen Anwendungen)?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

4. Mit der Digitalisierung entstehen neue Arbeitsmodelle (z.B. vermehrtes Homeoffice oder durch Online-Plattformen vermittelte Arbeitseinsätze). Sollte deshalb das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht flexibler ausgestaltet werden (z.B. Lockerung der Regeln betreffend Arbeitszeiterfassung, Arbeits- und Ruhezeiten)?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

Fragen zu Internet-Plattformen

5. Sollen gewinnorientierte Internet-Plattformen verpflichtet werden, für Anreissertexte (Teaser), die zu Schweizer Online-Medien führen, eine Abgabe zu bezahlen (Einführung eines Leistungsschutzrechts)?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

6. Sollen Anbieter von Online-Werbung verpflichtet werden, ein öffentliches Verzeichnis aller publizierten Anzeigen mit politischem Inhalt zu führen?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

Fragen zur Privatsphäre und Sicherheit

7. Im September 2023 tritt das revidierte Datenschutzgesetz in Kraft. Sollte das Datenschutz-Niveau in der Schweiz in Zukunft weiter erhöht, wieder gesenkt oder auf dem ab September geltenden Stand belassen werden?

- Deutlich erhöhen
- Eher erhöhen
- Auf dem Stand von September belassen
- Eher senken
- Deutlich senken

8. Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienste sind heute befugt, während 6 Monaten auf sämtliche Verbindungs- und Standortdaten (Internet, Telefon) zuzugreifen (Vorratsdatenspeicherung). Sollen diese Befugnisse eingeschränkt, erweitert oder auf dem aktuellen Stand belassen werden?

- Deutlich erweitern
- Eher erweitern
- Auf dem aktuellen Stand belassen
- Eher einschränken
- Deutlich einschränken

9. Ein Gesetzesvorschlag sieht vor, dass Betreiber von kritischen Infrastrukturen Cyberangriffe mit grossem Schadenspotenzial binnen 24 Stunden an das Nationale Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) melden müssen. Wird die Meldung vorsätzlich unterlassen, drohen Bussen bis zu 100'000 Franken. Befürworten Sie diesen Vorschlag?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

10. Würden Sie es befürworten, wenn sämtliche nicht-öffentlichen Behördendaten ausschliesslich auf Servern gespeichert werden müssten, die in der Schweiz stehen und von Schweizer Firmen betrieben werden?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

Fragen zur Beschaffung von Software

11. Finden Sie es richtig, dass Software, die der Bund selbst entwickelt oder in seinem Auftrag entwickelt wird, unter einer Open-Source-Lizenz frei verfügbar gemacht wird?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

12. Sollen Behörden und andere öffentliche Stellen (z.B. Schulen) bei der Informatikbeschaffung Lösungen basierend auf Open-Source-Software bevorzugen (digitale Souveränität)?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

Fragen zu staatlichen Dienstleistungen

13. Soll die Verwaltung dazu übergehen, vor Ort am Schalter oder per Post erbrachte Dienstleistungen ausschliesslich online anzubieten (Digital-Only-Prinzip)?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

14. Soll nach Einführung der digitalen Identitätslösung (E-ID) diese auch für das Sammeln von Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden genutzt werden können (E-Collecting)?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

15. Soll das aktuelle E-Voting-System allen Stimmberechtigten für die digitale Stimmabgabe zur Verfügung gestellt werden?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

16. Soll die Nutzung eines einheitlichen elektronischen Patientendossiers (EPD) für alle Patient/-innen und medizinischen Leistungserbringer obligatorisch sein (Digitalisierung der Gesundheitsdaten)?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

17. Die Bundesverwaltung ist verpflichtet, alle Daten, die nicht personenbezogen oder sicherheitsrelevant sind, unentgeltlich und zeitnah in maschinenlesbarer Form im Internet zu veröffentlichen (Open Government Data). Befürworten Sie eine prioritäre Umsetzung dieser Zielsetzung (Freigabe der dafür notwendigen finanziellen Mittel)?

- o Ja
- o Eher ja
- o Eher nein
- o Nein

Frage zu Technologien

18. Die Schweiz setzt sich international für eine zurückhaltende und eher wirtschaftsfreundliche Regulierung von Künstlicher Intelligenz ein (u.a. Verzicht auf Transparenzpflicht bei KI-Algorithmen). Begrüssen Sie diese Haltung?

- o Ja
- o Eher ja
- o Eher nein
- o Nein

Frage zu Zuständigkeiten

19. Die Zuständigkeit für den Auf- und Ausbau von digitaler Infrastruktur (z.B. Telekommunikationsnetze, E-ID, Public-Cloud-Lösungen) kann unterschiedlich ausgestaltet werden. Welches Modell halten Sie dafür in der Regel am besten geeignet?

- o Der Staat soll für Regulierung und Umsetzung zuständig sein (selbst umsetzen oder per externe Auftragsvergabe).
- o Der Staat soll nur regulieren, für die Bereitstellung des Angebots soll der Markt zuständig sein.
- o Man sollte ganz auf den Markt vertrauen; der Staat soll sich mit Regulierungen weitgehend zurückhalten.

Fragen zur persönlichen Einschätzung

20. Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen zu möglichen **Auswirkungen der Digitalisierung auf das Wirtschaftsleben**: Stimmen Sie zu oder stimmen Sie nicht zu?

Digitalisierung ...

	Stimme zu	Stimme eher zu	Stimme eher **nicht** zu	Stimme nicht zu
Sichert unseren zukünftigen Wohlstand	o	o	o	o
Schafft mehr neue Arbeitsplätze als vernichtet werden	o	o	o	o
Führt zu mehr Ungleichheit	o	o	o	o
Fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie	o	o	o	o
Verringert den Schutz von Arbeitnehmenden	o	o	o	o

Erhöht die Qualität der zu leistenden Arbeit	o	o	o	o
Schürt berechtigte Ängste vor Jobverlust	o	o	o	o

21. Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen zu möglichen **Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft**: Stimmen Sie zu oder stimmen Sie nicht zu?

Digitalisierung ...

	Stimme zu	Stimme eher zu	Stimme eher **nicht** zu	Stimme nicht zu
Erleichtert den Zugang zu Wissen und Bildung	o	o	o	o
Führt zu einem Zerfall der Umgangsformen	o	o	o	o
Macht die Gesellschaft gerechter	o	o	o	o
Führt zu einer verstärkten Überwachung	o	o	o	o
Fördert den Austausch zwischen den Menschen	o	o	o	o
Fördert die Spaltung der Gesellschaft	o	o	o	o
Lässt immer mehr Menschen den Anschluss verlieren	o	o	o	o

Anhang 2: Fragen der Online-Wahlhilfe «smartvote» mit Digitalbezug

1. Befürworten Sie staatliche Massnahmen zur Verbesserung der Nachhaltigkeit von elektronischen Geräten (z.B. Recht auf Reparatur, Verlängerung der Gewährleistung, garantierte Mindestzeit für Software-Updates)?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

2. Soll das Schweizer Mobilfunknetz möglichst flächendeckend mit der neusten Technologie ausgestattet werden (aktuell 5G-Standard)?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

3. Soll der Bund im Bereich der Digitalisierung staatlicher Dienstleistungen zusätzliche Kompetenzen erhalten, um gegenüber den Kantonen verbindliche Vorgaben und Standards durchsetzen zu können?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

4. Befürworten Sie eine stärkere Regulierung der grossen Internetplattformen (Transparenz-Regeln bei Algorithmen, verstärkte Haftung für Inhalte, Bekämpfung von Desinformation)?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

5. Soll der Einsatz von Software zur automatischen Gesichtserkennung im öffentlichen Raum verboten werden?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein

6. Wie beurteilen Sie folgende Aussage: «Die fortschreitende Digitalisierung bietet mehr Chancen als Risiken.»

- 7er-Skala mit den Endpunkten «vollständig einverstanden» und «gar nicht einverstanden»